

# Darauf kommt an! II

## Ergänzungen

der Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD  
für  
die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR  
vom Dezember 1989

### *Offener Brief*

an die Menschen, die um eine neue demokratische Gestaltung  
der DDR ringen, insbesondere an die Mitglieder des runden  
Tisches und der Volkskammer

Seite / Inhalt:

A) Literaturhinweise / Veranstaltungshinweis /

B) Themen:

- 3 ... 1. Zwischen allen Stühlen?
- 5 ... 2. Einmischung - Gebot der Stunde.
- 7 ... 3. Reaktionen auf Nachrichten aus der DDR.
- 8 ... 4. Reflexionen einzelner Aspekte des Übersiedlerproblems und der Entwicklungshilfe für die DDR und osteuropäischer Staaten.
- 12 ... 5. Andere Wechselwirkungen.
- 15 ... 6. Grundgesetz und BRD-Parteien - Vorbild für die DDR?
- 29 ... 7. Vereinigung der DDR und BRD: Neutralität? Kein Schein-Föderalismus!
- 31 ... 8. Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Arbeitslosensversicherung
- 35 ... 9. Grenzgänger und Übersiedler
- 37 ... 10. Alte Eigentums- oder Entschädigungsansprüche und Mieterschutz
- 41 ... 11. Wirtschaftsreform / Umweltschutz
- 44 ... 12. Währungsverbund oder DM für den Umlauf in der DDR
- 46 ... 13. Wähleraufklärung oder -verdummung?
- 46 ... 14. Informationstabus in der BRD durch DDR-Opposition und DDR-Medien auflösen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde,

im Dezember 1989 und im Januar dieses Jahres sind Kopien meiner Ausarbeitung (mit Anhang 100 Seiten)

DARAUF KOMMT ES AN!  
Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD  
für die  
Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR  
- gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung  
- für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

an den runden Tisch, an das Neue Forum, an den Ministerpräsidenten der DDR, Herrn Hans Modrow, an die Wirtschaftsministerin der DDR, Frau Luft, und zahlreiche Einzelpersonen gesandt worden. Teils gekoppelt, teils getrennt wurden ebenfalls meine

Anmerkungen und Anfragen  
zur Währungsverfassung und den Wirkungen  
der Politik der Deutschen Bundesbank,

ein 31seitige Brief nebst umfangreicher Anlagen an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank auf den Weg in die DDR gebracht.

Nun ist es sicher schwer in Eurer Situation, in der viel bedrucktes Papier und viel gesprochene Worte Euer Wahrnehmungsvermögen strapazieren, auf Informationen zu achten, die nicht eine mächtige Organisation oder „bedeutende“ Personen als Absender haben. Aber anhand von Gesprächen und Informationen, die die Medien aus der DDR und der BRD zu mir transportieren, kann ich feststellen, daß meine Gedankengänge wesentliche Argumentationslücken in dem Klärungsprozeß füllen könnten und daher in Euerem eigenen Interesse gelesen werden sollten.

Inzwischen wurde mein Text „Darauf kommt es an!“ (I) in kleiner Auflage als Broschüre gedruckt. Sie kann angefordert werden bei der

Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (Kurzform: INWO),  
Jakobstraße 54, D-7750 Konstanz  
oder über

~~Verlag und Versand Reinhold Hug, Werner-Voß-Damro 54  
D-1000 Berlin 42.~~

~~Druckkostenbeitrag: DM 6,50. (Die INWO akzeptiert von Beziehern aus der DDR für die hier genannten Schriften einen Kurs  
DM : DDR-Mark von 1:1.)~~

Zwei weitere Arbeiten zum Wandel in der DDR und den osteuropäischen Staaten

liegen inzwischen vor mit dem gleichen theoretischen Hintergrund wie mein Papier:

Freiwirtschaft : Ein Ausweg aus der Anarchie des Plans

von Dirk Löhner, ~~Ernestinestr. 2, D 4630 Bochum~~ (diese 64seitige Arbeit richtet sich vorwiegend an den Fachökonom), Druckkostenbeitrag: DM 4,50.

Gedanken zum Thema Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

in der Form eines offenen Briefes von Werner Onken, Steenkamp 7, D 2930 Varel (diese 32seitige Arbeit richtet sich vorwiegend an Leute in Osteuropa, deren politisches Handeln christlich motiviert ist) .

Druckkostenbeitrag: ? Erfragen!

-0-

"Reform der Geldordnung - Voraussetzung für die kapitalismusfreie Entwicklung einer sozialgerechten ökologischen Marktwirtschaft"

Ein Seminar mit Helmut Creutz aus Aachen

Ort: Hochschule für Ökonomie, Hermann-Duncker-Str. 8  
DDR 1157 Berlin-Lichtenberg

U-Bahn-Station Tierpark, Straßenbahn Linie 17

Zeit: Samstag, den 17. Februar 1990, 9.30 bis 19.30 Uhr

Veranstalter: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 eV.  
in Zusammenarbeit mit der URANIA (Ost)

Anfragen: Josef Hüwe, ~~Riemeisterstr. 15, D 1000 Berlin 37~~  
Telefon: 030/8016940 (auch für weitere Seminare)

(Ich lasse diesen Hinweis hier stehen, obwohl er zu spät kommt, denn das Thema kann auch zu anderen Zeiten an anderen Orten abgehandelt werden.)

-0-

## DARAUF KOMMT ES AN! II Ergänzungen

### 1 Zwischen allen Stühlen

1.1 Zwischen alle Stühlen setzt sich bekanntlich, wer nicht für eine politische Gruppierung oder Macht Partei ergreift oder alle Parteien angreift. Ich denke, wer sich in diesen Tagen, die als geschichtlich bedeutend verstanden werden und es auch wohl sind, ein Anrecht auf einen vermeintlich sicheren Stuhl dadurch zu verdienen hofft,

daß er die eine oder andere Parteifahne hochhält, verfehlt seinen demokratisch-republikanischen Auftrag.

1.2 Der Herrschaftsanspruch einer Partei unterscheidet sich vom Herrschaftsanspruch weniger Parteien nicht grundsätzlich, sondern nur graduell. Die ganze demokratische Legitimation wird nichtig, wenn unter der Herrschaft der Parteien der Staat zum Leviathan, zum Ungeheuer wird. Ich will nicht unterstellen, daß der Leviathan, der in der DDR in einer Gestalt noch in den letzten Zuckungen liegt, in neuer Gestalt das Ziel der verschiedenen - sich demokratisch verstehenden - Parteien ist.

1.3 Partei sein, bedeutet aber notwendiger Weise, nur Partikel der Gesamtgesellschaft im Blickfeld zu haben. Durch eine Parteibrille die Welt zu betrachten, bedeutet eben, die Welt verzerrt wahrzunehmen.

1.4 Parteien können in Richtung Demokratie überhaupt nur dann segensreich wirken, wenn sie untereinander einem radikalen chancengleichen Wettbewerb ausgesetzt werden und wenn es eine genügend große Anzahl selbstwertbewußter Bürgerinnen gibt, die gefeit sind gegen die Verlockungen von Macht verleihenden oder ideologische Sicherheit gebenden Parteistühlen.

1.5 Das ganze Jahrhundert hindurch haben Parteien - egal ob sie monopolistisch oder oligopolistisch herrschten - nicht das gehalten, was sie versprochen. Wer sich als Demokrat heute noch auf die Parteien verläßt, der ist verlassen.

1.6 Wer jetzt nicht den Mut hat sich zwischen die Stühle zu setzen und sich zu erinnern, daß der Boden die natürliche Basis des freien Menschen im Sitzen und Stehen ist, der kann auch die Chance an der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft(en) zur Sicherung individueller Rechte und freiwilliger Solidarität nicht nutzen, weil er sich weiterhin an vergilbten untauglichen Leitbildern der Politik orientiert.

## 2. Einmischung? Tatsache und Notwendigkeit!

2.1 Alle Welt mischt sich in die Frage ein, ob BRD und DDR ein Staat werden sollen oder nicht. Die Übersiedler aus der DDR, die Hilfeanforderungen aus der DDR an die BRD und die Hilfsangebote aus der BRD an die DDR wirken auf die Lebenssituation der Bürger hüben wie drüben einmischend.

2.2 Daß sich Ideen nicht von Grenzposten aufhalten lassen, habe ich an anderer Stelle schon gesagt.

2.3 Unabhängig von humanitärer Hilfsbereitschaft und unabhängig von der Befriedigung nationaler Gefühle sind Bundesbürger geradezu aufgerufen, sich in die „inneren“ Angelegenheit der DDR einzumischen, weil ihre eigene Existenz betroffen ist. In umgekehrter Richtung gilt das gleiche.

2.4 Es wäre eine unverzeihliche Gutgläubigkeit, anzunehmen, daß die Politiker hüben wie drüben die Dinge schon zur allgemeinen Zufriedenheit richten würden. Und es wäre ein Verrat an die Idee der Demokratie, die nicht von dem passiven Bewohner, sondern von dem aktiven Bürger ausgeht.

2.5 Eine unerfreuliche Einmischung ist die Art und Weise, wie die BRD-Parteien „demokratische“ Entwicklungshilfe in der DDR betreiben. Hier wird ganz deutlich, daß es den bundesrepublikanischen Parteien nicht so sehr um die Entwicklung von Demokratie geht als viel mehr um Sicherung von Machtanteilen. Noch haben die Menschen in der DDR die von der SED und den Blockparteianhängseln 40 Jahre betriebene menschenfeindliche politische Monokultur nicht ganz abgestreift, und kaum fängt - nach Weglassen des „politischen Pflanzenschutzmittel“ - die natürliche Vielfalt des politischen Denkens und Handelns an zu keimen, schon wird aus der BRD „politisches Unkrautvernichtungsmittel“ gestreut, bevor das Wachstum der vielfältigen politischen Pflanzen einsetzen kann. Nein, in der DDR darf sich die volle Pracht verschiedenster politischer Blüten nicht entfalten. Bei den Bundesbürgern könnte das ja Be-

gierde nach gleicher Vielfalt wecken.

2.6 Das politische Pflanzengift des SED-Staates waren Verbote. Das Gift des Bonner Parteienstaates sind Hilfeleistungen. „Wir können Euch nur helfen, wenn Ihr Euch organisatorisch zusammenschließt und wenn wir programmatische Übereinstimmung mit Euch feststellen können. Die politischen Neuaktivisten in der DDR sind den bundesrepublikanischen Politstrategen voll auf den Leim gegangen. Wenn die Hilfe von einem wirklich freiheitlichen Wahlgesetz, das Einzelbewerbern, politischen Kleingruppen und größeren Parteien die gleichen Chancen gibt, und von einem Parteienfinanzierungsgesetz, daß den Wähler nicht entmündigt, abhängig gemacht worden wäre, dann wären Einwendungen gegen diese Hilfe weniger berechtigt gewesen. Diese Forderungen konnten aber schlecht gestellt werden, weil die BRD sie selber nicht erfüllt.

2.7 Und wer nun in der DDR glaubt, die Mitglieder der BRD-Parteien hätten nun die Hilfe finanziert (was im Einzelfall durchaus möglich ist) der ist auf dem Holzwege. Diese Hilfe für die DDR-Parteien ist doch eine „staatsmännische“ und „staatserweiternde“ Tätigkeit, die muß natürlich der Staat, also der Steuerzahler, also in der Regel der „kleine Mann“ bezahlen.

2.8 Im „Informationsdienst für direkte Demokratie“ Nr. 2/1990 (Bezugsquelle: ~~Wolfgang Lohmüller, Franz-Joseph-Str. 16, 8000 München 40~~) ist zu lesen: „Rund 3,5 Milliarden Deutsche Mark (West) erhalten Parteien, Fraktionen und Parteistiftungen in der laufenden Vierjahreswahlperiode auf der Basis der Bundestagswahl 1987. ... Was leisten die Parteien dafür? Diese Frage wird weder im Gesetzgebungsverfahren gestellt noch in der Praxis, wenn diese Gelder fließen. Und weder das Eine noch das Ändere unterliegt irgendeiner Kontrolle. Die Parteien genehmigen sich selbst, was sie wollen. ...“

2.9 Ich habe nun schon darauf gewartet, daß die Parteien-Schatzmeister ihre Fraktionen in den Parlamenten „beauftragen“ würden, die Mittel, die in die DDR-Parteien-

hilfe geflossen sind und zusätzliche Löcher in die Parteikassen gerissen haben, durch zusätzliche Mittel aus den Bundesetat oder aus den Länderetats auszugleichen. Nun, den Parteihäuptlingen ist eine Lösung eingefallen, die die Dinge besser verschleiert. Die HAZ vom 8. Februar meldet:

„Die Stiftungen der Bundestagsparteien sollen insgesamt 20 Millionen DM zusätzlich aus dem Bundeshaushalt erhalten, um den Aufbau demokratischer Strukturen in der DDR zu fördern.“ Zur Ehrenrettung der GRÜNEN (aber nur in diesem Sachzusammenhang) sei gesagt, daß sie Bedenken erhoben haben.

2.10 Nebenbei: Man mache sich keine Illusionen über eine sinnvolle demokratische Ausgabe der staatlichen Mittel durch die Parteien. Statt Aufklärung wird Propaganda (eine Mischung aus Wahrheit und Lüge wie der Slogan „Freiheit statt Sozialismus“) finanziert. Weitere Brocken gehen für die Parteiapparate drauf, die um ihrer selbst willen zu existieren scheinen, und ein Teil der Mittel wird eingesetzt, um die Parteilinie zu frisieren. Minderheiten, die machtpolitisch nicht berücksichtigt zu werden brauchen, werden finanziell ausgetrocknet, indem sie von den Finanzströmen und den Publikationsmöglichkeiten ferngehalten werden. Das demokratisch schlechte Gewissen kompensiert man damit, daß man Zuschüsse (in einer Höhe, die nicht weh tut) an Projekte parteinaher Gruppen zahlt oder linke oder rechte Gruppen im Ausland bezuschußt, je nach eigener politischer Grundhaltung.

### 3 Reaktionen auf Nachrichten aus der DDR

3.1 Wo sind sie geblieben, die Tage der Hoffnung und der um- und Aufbruchstimmung nach der Öffnung der Mauer? Haben wir uns verhört, als wir nach dem Aufbrechen der äußeren Strukturen des Gefängnisses DDR in Stille einer Atempause der Geschichte vernehmen zu meinen, die Freiheitsentwicklung wurde nun auch in der BRD aus ihrem Jahrzehnte dauernden Schlaf erweckt?

3.2 Resignation und Hilflosigkeit, Wut und Blindheit, ideologisch deformierte Reflexion und blinder Aktionismus, alte Unterwürfigkeit und alte Herrschaftsansprüche in

neuen Gewändern scheinen mir den politischen Alltag der sich halbbefreiten DDR zu prägen.

3.3 Neben bürotechnischem Gerät sind inzwischen wohl „Weisungen“ von BRD-Politikern die begehrtesten „Güter“, die in der DDR nachgefragt werden.

3.4 Schuld an dem 40 jährigen DDR-Gefängnis waren natürlich nur ein paar alte böse Männer. Selbst war man nur Opfer, in keiner Weise Täter.

3.5 Das Streben der neuen Männer (Frauen haben wohl auch in der DDR nur ein geringes politisches Gewicht.) scheint zu sein, aus den ehemals unglücklichen Sklaven glückliche machen zu wollen, die dann nach Marie von Ebner-Eschenbach die erbittertesten Feinde der Freiheit sind.

3.6 „Wir haben das selbständige Denken und Handeln nicht gelernt“, hört man Menschen aus der DDR klagen. Sie warten sozusagen auf den Befehl, selber denken zu müssen und dann keine Befehle mehr entgegen nehmen zu dürfen. Immerhin entwickelt sich in der DDR ein Bewußtsein von der eigenen inneren Unfreiheit, während die Bundesrepublikanerinnen – ihre kleinen Freiheiten genießend - noch gar nicht bemerkt haben, daß sich ihre Gedanken und ihr Handeln vorwiegend nur in - von anderen vorgegebenen - Bahnen bewegen.

#### 4 Reflexion einzelner Aspekte des Üöbersiedlerproblems und der Entwicklungshilfe für die DDR und ostteuropäische Staaten

4.1 Das, was die meisten DDR-Bürgerinnen durch die blendende Wahrnehmung des nicht weg diskutierbaren Wohlstandsvorsprunges der BRD-Bürger gegenüber den DDR-Bürgern offensichtlich nicht sehen können, sind die Spannungen unter der Oberfläche der westdeutschen Gesellschaft, die sich durch die Aus- und Üöbersiedler zusätzlich verstärken.

4.2 Das westdeutsche soziale Sicherungsnetz ist für einen geschlossenen und nicht für

einen offenen Staat konstruiert. Es ist ein grundlegender Unterschied, ob Menschen aus eigenem Antriebe und aus eigenem Vermögen anderen in Not geratenen Menschen helfen, oder ob der Staat via Steuern und Kredit versucht, die Probleme zu bewältigen. Im ersten Fall können wir von Nächstenliebe oder Solidarität sprechen. Im zweiten Fall handelt sich um regelwidrige Zwangseingriffe in das Eigentum von Bürgern. Hier ist die Legalität von untergeordneter Bedeutung, denn eine Diktatur verschafft sich diese auch. Bedeutend ist, daß diese staatlichen Eingriffe, die Unfrieden schaffen müssen, von der Idee einer freien und gerechten Gesellschaftsordnung her gesehen illegitim sind.

4.3 Ein Vertreter einer Unternehmerorganisation, sagte im Fernsehen, der Anteil der Übersiedler betrüge doch nur 1,3% der Wohnbevölkerung. Auch wenn bei der Addition von Aussiedlern, Asylanten und Gastarbeitern andere Prozentsätze herauskommen, so ist die Höhe der Zuwanderungsrate nicht so sehr das Problem, auch wenn es durch die Verdichtung des Siedlungsraumes BRD zusätzliche ökologische Probleme und Probleme der Art gibt, daß sich immer mehr Menschen knappe Freizeiträume (vom Schrebergarten über den ruhigen Waldweg bis zum Angelplatz) teilen müssen.

4.4 Fremdenangst und Fremdenhaß tritt (allgemein und nicht nur bei Bundesrepublikanern) dann auf, wenn der Zuzug in einer ökonomisch unsicheren Lage zu stürmisch ist. Der Fremde, auch wenn er die eigene Sprache spricht, ist dann nicht die soziale und kulturelle Bereicherung, sondern die Bedrohung der eigenen Existenz.

4.5 Die eigentlichen Probleme sind ökonomischer Natur:

4.5.1 Die Wohnungswirtschaft hat wie vor der Gründung der Bundesrepublik immer unter dirigistischen Eingriffen und ungenügender Konjunkturpolitik gelitten. (Und der Begriff „Sozialer Wohnungsbau“ ist einer der vielen Etikettenschwindel, die hier in der BRD betrieben wurden.) In einer Situation des gedämpften Wohnungsbaues kam nun zu der intern - aufgrund veränderter Ansprüche - ausgelösten Nachfragesteigerung eine zusätzliche Wohnungsnachfrage durch Übersiedler, Aussiedler und Asylanten. Dies muß zwangsläufig das gesamte Mietniveau nach oben drücken, besonders dann,

wenn die Kommunen als eigentliche Mietenzahler für bestimmte Mietergruppen fast jeden Mietpreis akzeptieren (müssen). „Die Warteschlangen werden länger - Städte und Gemeinden sind auf der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten“ „Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Seelze hat sich in der letzten Zeit immer mehr zugespitzt.“ Solche Zeilen kann man täglich in vielen Orten der BRD lesen.

Diese Situation bewirkt eine Wohnkostensteigerung nicht nur für die Neumieter, sondern für alle Mieter, deren Verträge eine Mietpreisrevision zulassen. Selbstverständlich ist es so, daß die Ausgaben, die bei den Mietern als zusätzliche Kosten erscheinen bei den Vermietern als zusätzliche Gewinne (in manchen Fällen sicher auch als Verlustreduzierung) wieder auftauchen. Die fixen Kosten der Mieter steigen, da sich dadurch ihr freiverfügbares Einkommen reduziert, reduziert sich auch ihre Wahlfreiheit als Konsumenten, ja sogar das Grundrecht der Freizügigkeit wird eingeschränkt. Man mietet oder kauft nicht dort eine Wohnung, wo man leben und wirken möchte, sondern man ist gezwungen, dort zu leben und wirken, wo man eine bezahlbare Wohnung bekommt. Das ist nicht Theorie, sondern für viele Alt-Bundesrepublikaner Realität.

Die Folgekette ist aber noch nicht zu Ende. Denn wenn die veränderte Aufwands- und Einkommensveränderung von Mietern und Vermietern nicht inflationär von der Notenbank aufgeweicht wird, dann tritt - da die Nachfrage von Vermietern und Mietern mit großer Wahrscheinlichkeit inhaltlich nicht identisch ist - ein Veränderungsdruck auf die Anbieter von anderen Gütern und Dienstleistungen auf. Handwerk und Handel, die sich auf ein bestimmtes Käuferverhalten der Mieter eingestellt haben, können - wenn es ihnen nicht gelingt, Umsatzbußen auszugleichen - in Schwierigkeiten kommen. Auch hier zeigt sich, daß die Veränderungen in der DDR ein massives Eingreifen in bundesrepublikanische Verhältnisse bedeuten.

4.5.2 Hätten wir ein Bodenrecht, das mit marktwirtschaftlichen Prinzipien nicht kollidieren würde und wie es die Bodenrechtsreformer seit der Jahrhundertwende fordern, dann könnte die unvermeidbare Bodenrente (= Preis für das Nutzungsrecht des Bodenmonopols, daß jede Parzelle darstellt) ökonomisch neutralisiert werden. Jeder Zuzug von Menschen, jede Steigerung der Geburtenrate, jede Einschränkung der Nutzung aus ökologischen Gründen, jede Bedürfnisausweitung für Bodennutzung läßt

die Bodenrente für nutzbaren Boden steigen. Die Bodeneigentümer werden reicher, die Nur-Nutzer werden ärmer.

Würde ein Markt für Bodennutzungsrechte geschaffen und die auf diese Weise abgeschöpfte Bodenrente z.B. für Kinder als Familienlastenausgleich oder an alle Bürger eines Staates (pro Kopf) rückvergütet, dann wäre nicht nur ein Grundstein für eine wirkliche soziale Gerechtigkeit gelegt, sondern auch eine Ursache für Fremdenfeindlichkeit aus der Welt geschafft worden.

Wir in der Bundesrepublik haben ein solches Bodenrecht aber nicht. Und ich befürchte, daß die Chance, ein marktwirtschaftlich-soziales Bodenrecht in der DDR zu installieren, verspielt wird. Es werden wohl die falschen Schlüsse aus einem vierzigjährigen Leiden mit einem falschen Sozialismus gezogen werden.

4.5.3 In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung war am 6. Februar unter Schlagzeile „Zinssorgen“ zu lesen:

„Für Häuslebauer dürfte es in den kommenden Monaten immer schwerer werden, den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen. Die Zinsen in der Bundesrepublik steigen und steigen. Geld zu leihen, wird immer teurer. Wer Kapital hat, kann sich indes über die höheren Renditen freuen, die der Markt hergibt - bei öffentlichen Anleihen mittlerweile gut 8 Prozent. Erneut hat jetzt der Bund die Konditionen für seine Finanzierungsschätze aufpoliert - eine Entspannung ist nicht in Sicht, Kapital wird eher knapper.

Will die Bundesregierung die DDR vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahren, müssen Milliarden über die Grenze fließen - Mittel, die auf den Finanzmärkten beschafft werden müssen. Zusätzlich werden auch westdeutsche Unternehmen, obwohl nach den guten Gewinnen der zurückliegenden Jahre recht liquide, in den kommenden Monaten verstärkt nach Geldern für die Eroberung der DDR-Märkte suchen. Kraftfutter für die Expansion brauchen ebenfalls die Kreditinstitute: Allein die Deutsche Bank will sich mit der größten Kapitalerhöhung in ihrer Geschichte mehr als 1,6 Milliarden DM beschaffen. ..." Dann wird noch auf die Inflationssorgen hingewiesen, die die Bundesbank veranlassen könnte, die Leitzinsen anzuheben.

Was bedeutet das? Nicht nur der Traum vom eigenem Haus hat sich fürs erste für viele ausgeträumt oder muß mit Verzicht auf Befriedigung anderer Bedürfnisse erkaufte werden, sondern die Mieten (die über zweidrittel aus Zinskosten bestehen) erhalten neben der starken Nachfrage einen zusätzlichen Steigerungsschub. Da aber über alle Preise (neben den Steuern) ein unterschiedlich hoher Anteil an Zinsen realisiert werden muß, bedeutet das, daß die Schieflage in der Einkommens- und Vermögensverteilung verstärkt wird. Da Zinsen für die Unternehmen Kosten sind, müssen sie versuchen, durch Umsatzsteigerungen die Kosten zu neutralisieren. Sie müssen also versuchen aus den Arbeitnehmern und den Maschinen mehr herauszuholen. Zwischen der Zinshöhe und der Arbeitslosigkeit gibt es aber (mit zeitlicher Verzögerung) ebenfalls einen direkten Zusammenhang.

## 5 Andere Wechselwirkungen

5.1 Es wäre unglaublich zu behaupten, der Staatskapitalismus in der Gestalt des „realexistierenden Sozialismus“ sei nur kurz vor dem realexistierenden Privatkapitalismus zusammengebrochen. Dazu ist der Privatkapitalismus aufgrund seiner real vorhandenen marktwirtschaftlichen Elemente zu elastisch. Richtig aber ist, daß die westliche Politik vor den Problemen des Kapitalismus kapituliert hat und daß der Wandel im Osten für westliche Politiker eine aufschiebende Wirkung für den fälligen Gang zum politischen Konkursrichter ermöglicht hat.

5.2 Die früheren Reinigungskrisen des Kapitalismus waren grausam, aber kurz. Heute hat die „Sozialpolitik“, die in keiner Weise die Kapitalismusprobleme gelöst hat, die Kapitalismusprobleme in eine gesellschaftliche Dauerkrise umgewandelt.

5.3 Es ist aber eine Illusion anzunehmen, daß BRD-Politiker diesen Zeitgewinn für ein Überdenken der Grundlagen ihrer Politik nutzen werden. Sie werden allenfalls bereit sein, untaugliche Parolen umzuformulieren. Der auch hier notwendige Wandel wird wie in der DDR durch den Druck der Fakten erfolgen.

5.4 In der DDR würde man sich sicher empören, wenn der notwendige technische

Wandel in der Industrie und im Handwerk mit veralteter, Umwelt und Arbeitnehmer belastender Technik vorgenommen würde. Im Bereich gesellschaftlicher Institutionen und politischer Strukturen, findet man es aber anscheinend ganz normal, überholte Formen zu installieren.

5.5 Ich habe wiederholt wahrgenommen, wie Vertreter von Oppositionsgruppen der DDR Forderungen von BRD-Linken, in der DDR etwas zu entwickeln, was besser sei als das, was wir hier in der BRD haben, als Zumutung zurückgewiesen wurde. Die DDR-lerInnen hätten das Recht, erstmal ganz einfache primäre Bedürfnisse zu befriedigen. Danach könne man sich an die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Strukturen machen.

5.6 In der „Wirtschaftszeitung aktiv“ Nr. 2/3 vom Februar 1990 (eine Zeitung der Arbeitgeber, die unentgeltlich an Arbeitnehmer abgeben wird) heißt der Schlußsatz in dem Artikel „Der Irrweg in den Sozialismus“ von Franz Thoma:

„Wer könnte nicht jene Arbeitnehmerin aus der DDR verstehen, die auf die 'Systemfrage' eines westlichen Reporters antwortete:  
'Ich möchte kein Versuchskaninchen für einen anderen Sozialismus sein!'“

Da solche Antworten nicht selten zu hören sind, spiegeln sie wohl eine Grundeinstellung in der DDR wider.

5.7 In der Tat ist es so, daß grundsätzlich Mißtrauen angebracht ist, gegen das was an Reformen und Projekten in linken Köpfen ausgedacht wird. Bei aller Sympathie, die man für linke „Spinnereien“ entwickeln kann, sollte man Weltfremdheit und Unterdrückungstendenzen, die gegen die eigenen Zielsetzungen linker Polit-Projekteure wirken, nicht übersehen. Nur ist es andererseits auch eine gefährliche Haltung, das jeweils mangelhafte Bekannte dem noch unbekanntem Besseren vorzuziehen. Mit der Parole „Keine Experimente“ haben die CDU-Konservativen bei uns ein politisch dubioses Geschäft betrieben und zur Verkalkung der Gesellschaft beigetragen.

5.8 Heute ist die BRD durch den Wandel in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern ungefragt (wenn auch nicht generell ungerne) in ein Experiment einbezogen, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer machen wird. Die Frage nach der Gegenleistung der DDR-Bürger für die BRD-Bürger, die ihren Gürtel jetzt noch enger schnallen müssen, sollte nicht durch einen nationalen Gefühlsnebel verdeckt werden.

Als Gegenleistung verstehe ich hier: Daß die Bürger der DDR den Mut entwickeln, Themen auf die Tagesordnung zu setzen, die in der Bundesrepublik über alle Parteigrenzen hinweg tabuisiert werden. Dazu gehören u.a.: Die politische Willensbildung, die Gewaltenteilung, die Gesetzesflut, das Wuchern des Staatsapparates, die Unterdrückungsmechanismen im Bildungssystem, die Asymmetrie in der Einkommens- und Vermögensverteilung durch das Bodenrecht und das Zinssystem und die währungsbedingten Konjunkturschwankungen. Und es gehört der Wille dazu, gesellschaftliche und ökonomische Strukturen zu installieren, die gegenüber dem Ist-Stand in der BRD eine Optimierung - besonders der Marktwirtschaft - bedeutet. Dies ist nicht einmal ein Opfer für die Menschen in der DDR, sondern zu allererst eine Tat zum eigenen Wohle.

5.9 Solche Erwartungen stehen aber nicht im Einklang mit den tatsächlichen Tendenzen in der DDR. Mein Eindruck ist der, daß die SED-Bürokraten sehr lernfähig sind und schon herausgefunden haben, wie sie viel von ihrer bürokratischen Herrschaft in die neue Zeit hinüber retten können, wenn sie unter der Fahne „soziale Absicherung“ und „marktorientierte Wirtschaftspolitik“ westlichen Bürokratismus importieren.

5.10 Diese DDR-Bürokraten (nehmen wir zu ihren Gunsten an, daß sie nicht aus Lust an der Unterdrückung, sondern aus Mangel an anderen Perspektiven so handeln) verstärken das Heer jener Euro-Bürokraten, die nicht zulassen wollen, daß das Europäische Haus, ein Haus freier Menschen wird. Sie haben schon Pläne in der Schublade, die beschreiben, wer welche Toilette und wie viel Blatt Papier benutzen darf.

## 6 Grundgesetz und BRD-Parteien - Vorbild für die DDR?

6.1 Wer negative Aspekte der Demokratie in der BRD und der sie beherrschenden Parteien aufzeigen will, darf zwar mit Recht behaupten, daß den Westdeutschen nach dem zweiten Weltkrieg die Demokratie aufgestülpt worden ist, er sollte aber nicht verschweigen, mit wie viel Engagement und Opferbereitschaft unzählige Menschen versucht haben, diese Demokratie mit Leben zu erfüllen. Die Fehlleistungen und Fehlentwicklungen in der BRD-Demokratie sind auch nicht so sehr im Wollen der Partei-, Parlaments- und Regierungsmitglieder zu suchen, sondern viel mehr in ihren Vorstellungen davon, was Demokratie ist und leisten sollte, und daraus folgend, in der Ausgestaltung und im (zahlen- und volumenmäßigen) Umfang der Institutionen.

6.2 In der Neuen Presse vom 1. Februar 1990 war zu lesen:

"... 'Ein idealer Zustand für Rumänien ist erreicht, wenn die Klugen im Lande die Führung übernehmen und die anderen, die Dummen, glückliche Wähler werden, die für ihre Herren im Austausch für ein bißchen Wohlstand stimmen.' Dies erklärte der Chefideologe der Front der Nationalen Rettung, Silviu Brucan, gegenüber der britischen Zeitung 'Independent'."

Ich nehme an, daß Brucan es ironisch gemeint hat. Für die Bundesrepublik ist es aber eher Realität, mit der Einschränkung, daß Zweifel angebracht sind, ob hier bei uns die Klugen führen, und dem Hinweis, daß die Zahl der zufriedenen Wähler kleiner wird.

6.3 Der politische Grundirrtum bei uns besteht darin, daß man glaubt, eine freiheitliche Grundordnung der Gesellschaft durch polizeiliche Maßnahmen (Verfassungsschutz), durch Veränderungsverbote in der Satzung (Grundgesetz) und durch Verbote von „verfassungsfeindlichen Organisationen“ sichern zu können. Die Wahrheit aber ist, daß die Freiheit nur dann eine Überlebenschance hat, wenn sie in den Köpfen und Herzen der Menschen verankert ist. Und diese Verankerung wird nur dann auf Dauer halten, wenn die Grundprobleme einer Gesellschaft von den demokratischen Entscheidungsorganen - im Gegensatz zu Weimar und heute - gelöst und nicht vermehrt werden.

6.4 Die freiheitliche Grundordnung wird von jenen sabotiert, die sich als ihre Schützer ausgeben. Denn eine Bedingung der Freiheit ist der Wettbewerb. Eine Idee von

einer freien und brüderlichen Gesellschaft, die nicht dem Wettbewerb konkurrierender Ideen - seien es faschistische, monarchistische oder kommunistische - ausgesetzt wird, wird ungewollt von ihren Verteidigern umgebracht.

6.5 Z.B. ist das Verbot der REPs in der DDR somit nicht eine Maßnahme zur Verteidigung der keimhaft sich entwickelnden Demokratie, sondern ein Angriff auf das Fundament, das darin besteht, daß alle Bürger das gleiche Einwirkungsrecht auf ihren Staat erhalten und behalten müssen, auch wenn sie einen ganz anderen wollen. Sicher ist es so, daß nach der jahrzehntedauernden linken Unterdrückung in der DDR das „Bedürfnis“ einer rechten Rache besteht. Dieses Rachebedürfnis muß man aber demokratisch-inhaltlich abbauen. Verbote von radikalen politischen Ideen und Parteien sind ein ungeeignetes Instrument und schützen nur den politischen Schwachsinn derjenigen, die sich als staaterhaltend oder als politische Mitte deklarieren.

6.6 Weimar ist eben nicht an nationalsozialistischen Ideen zugrunde gegangen, sondern die damalige Republik ist schrottreif gemacht durch den ökonomischen Unverstand der großen demokratischen Parteien. Wobei die Sozialdemokratische Partei, deren Mitglieder später, besonders unter Hitler zu leiden hatten, hervorzuheben ist.

6.7 Die Berufsverbote von Kommunisten in der BRD waren auch nicht ein Akt der Verteidigung der Demokratie, sondern dienten nur zur ideologischen Selbstbefriedigung, zur politischen Selbstüberhöhung und zum Machterhalt der Halbdemokraten, die ihre Wähler mit dem Hinweis auf die kommunistische Gefahr im eigenen Lande bei der Stange halten wollten.

6.8 Es gab in diesen Tagen Stimmen, die meinten, die DDR könne das BRD-Grundgesetz einfach übernehmen. Sicher kann sich unsere Verfassung sehen lassen. Da die Qualität, die sie hat, sicher nur unter dem Eindruck der Schrecken der Nazi-Herrschaft und der Not der Nachkriegszeit und dem Bewußtsein, daß die Demokraten in der Weimarer Republik versagt haben, zustande gekommen ist und nach meiner Einschätzung keiner der Bundestage die Leistung des Parlamentarischen Rates auch

nur annähernd hätte wiederholen können, sollte man mit dem verfassungsrechtlich Erreichten sorgfältig umgehen.

6.9 Und trotzdem war es nicht angebracht, aus Anlaß der 40 jährigen Geltungsdauer des Grundgesetzes fast ausschließlich Jubelreden zu halten, und es ist mehr als unangebracht, den Menschen in der DDR die Übernahme des Grundgesetzes zu empfehlen, ohne vorher eine gründliche Prüfung vorzunehmen.

Sicher wäre es eine bequeme und angenehme Sache für sogenannte Staatsmänner, wenn man der DDR das Grundgesetz einfach über stülpen könnte. Aber so einfach dürfen wir es den stolz geschwellten Brustkörben und bedeutungsschwanger dreinblickenden westdeutschen Politikern nicht machen. Wenn es zu einer Vereinigung von DDR und BRD kommt und es wirklich demokratisch zugeht, dann ist eine neue Gesamtverfassung fällig, die von den Bürgern der DDR und der BRD gemeinsam bestimmt werden muß.

6.10 Einige Schwächen, die sich in der Verfassungswirklichkeit zeigen:

6.10.1 Aus dem Mitwirkungsrecht bei der politischen Willensbildung der Parteien (Art.21 GG) ist ein Monopol geworden. Aber nicht einmal ein Monopol aller Parteien, sondern nur jener, die die 5%-Sperrklausel bei der Wahl überspringen können.

6.10.2 Die 5%-Klausel in Verbindung mit der Parteienfinanzierung zementiert das Parteien-Machtkartell.

6.10.3 Die Ziffer (2) des Art. 20 „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung ausgeübt.“ wird von den Bonner Parteien so umgedeutet, daß der Bundestag nicht unter Wettbewerbsdruck durch Volksentscheide gesetzt werden kann. (Die GRÜNEN fordern inzwischen ein Gesetz über den Volksentscheid. HAZ vom 6. 2. 1990.)

6.10.4 Die hier im GG zum Ausdruck kommende Gewaltenteilung wird auch nicht eingehalten, denn manche der Abgeordneten sind gleichzeitig Mitglieder der Exekutive. Und auf die Judikative, die Rechtsprechung, hat das Volk auch keinen Einfluß.

6.10.5 Im Artikel 38 (1) steht:

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und ihrem Gewissen unterworfen.“

Da bei dem gültigen Wahlgesetz nur Kandidaten weniger Parteien die Chance haben, ins Parlament gewählt zu werden, wäre es wichtig, daß der Wähler einen Einfluß auf die Auswahl der Direktkandidaten und auf die Auswahl und Rangfolge auf den Landeslisten hätte. Hat er aber nicht. Und ein Bürger, der sich einer Partei nicht unterwerfen will, hat erst gar keine Chance von einer Partei als Kandidat aufgestellt zu werden.

6.10.6 Der Begriff Fraktionszwang und -disziplin kommt im Grundgesetz gar nicht vor. Es wird auch immer wieder versucht zu leugnen, daß es so etwas wie einen Fraktionszwang gibt. Realität ist er trotzdem. Das Schlimme daran ist, daß die Mehrheit der Abgeordneten, die die regierungsstützenden Fraktionen bilden, zu einer Legitimationsmaschine der Exekutive wird und die Opposition zu einem Wachhund degeneriert, der sein Gebiß verloren hat und zudem noch an die Kette gelegt wurde. Die Vielfalt der Entscheidungsmöglichkeiten des Parlamentes wird auf diese Weise auf wenige ideologisch oder machtpolitisch begründete reduziert.

6.10.7 Auch der Wähler selbst hat nur noch die Möglichkeit, das für ihn kleinere Übel zu wählen. Der bundesdeutsche Wähler mußte so immer oder häufig unstimmgige Zielkombinationen wählen: Z.B. Marktwirtschaft und Kapitalismus, Marktwirtschaft und Aufrüstung oder Neue Ostpolitik mit einer Wirtschaftspolitik, die der Zentralverwaltungswirtschaft näher stand als der Marktwirtschaft. Der BRD-Bürger hat nie die Möglichkeit gehabt, die verschiedenen Politiken in einer Kombination zu wählen, die seinen Einsichten oder Bedürfnissen entsprach.

6.10.8 Alle Wege in die Parlamente führen durch den Parteiensumpf. Keine Information oder Idee kommt so ins Parlament, wie sie ursprünglich auf den Weg gebracht wurde. Wer nun meint, daß Petitionsrecht sei doch eine Möglichkeit, sich direkt mit öffentlichen Anliegen z.B. an den Bundestag zu wenden, wird bald eines besseren belehrt. Im Art. 17 steht:

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretungen zu wenden.“

Der Bundestag versteht diesen Artikel so, daß es sich um persönliche Belange bei der Petition handeln muß. Eine Beschwerde darüber, daß z.B. der Bundestag Unsinn beschlossen hat, ein Hinweis auf eine Möglichkeit, ein bestimmtes Problem zu lösen, oder die Warnung vor einer speziellen Gefahr, die es gilt abzuwenden, wird vom Petitionsausschuß nicht bearbeitet und vom Präsidium den Abgeordneten nicht zur Kenntnis gebracht.

6.10.9 Nun könnte man meinen, ich würde die Dinge zu düster beschreiben. Warum gibt es dann aber bei uns Tagungen mit Themen wie: „Bürgerwille und Parteienherrschaft“ (s. Loccum Protokolle 8/87, Ev. Akademie Loccum, D 3056 Rehburg-Loccum), „Von der Zuschauer- zur Teilnehmerdemokratie“ (10. März 1990 in Bad Boll, Telf.07164 /3573), „Neue Formen verantwortlicher Bürgerbeteiligung in einer repräsentativen Demokratie“ (30.6./1.7.90, SG, Postfach 1550, 3410 Northeim)?

6.11 Mir geht es ja nicht darum, Menschen madig zu machen, die aus welchen Motiven auch immer sich in den politischen Parteien abstrampeln und subjektiv das Gefühl haben, das Beste zu wollen und zu tun. Ich selber bin über 20 Jahre Parteimitglied, erst bei der kurzlebigen Liberal-Sozialen-Partei, dann fast 10 Jahre bei der Freien Demokratischen Partei und von Anbeginn bei den GRÜNEN. Wobei es mir immer schwerer fällt, meine Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten. Auch möchte ich betonen, daß ich es nicht weniger ehrenhaft und nicht weniger schwierig gefunden hätte, Mitglied der CDU oder der SPD zu sein. Es geht auch nicht darum, persönliche frustrierende Parteilernerlebnisse abzubauen. Wobei es nicht verwunderlich ist, daß derjenige, der aneckt, schärfer die Kanten der Parteien anschaut als jener, der im Mehrheitsstrom

baden kann. Worauf es ankommt, ist, beim Umbau einer Gesellschaft die Institutionen ideologiefrei zu betrachten. Ich glaube nicht, daß die Menschen in den westdeutschen Parteien bessere Menschen waren oder sind als jene in der SED. Wenn die gesellschaftlichen Deformationen in der BRD wesentlich geringer ausgefallen sind, dann deshalb, weil ein Minimum an Wettbewerb unter den Bonner Parteien bestanden hat und noch besteht. 1967 erschien hier z.B. ein Buch mit dem Titel „Der CDU-Staat“ (Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, Hrsg. Schäfer / Nedelmann, München). Das klingt so wie „SED-Staat“, nur mit anderen Vorzeichen.

6.11.1 Die SPD ist - um mich mit einem Bild auszudrücken – der Knecht der seine Neigungen zur lieblichen Magd Freiheit und Gerechtigkeit unterdrückte und statt dessen die Tochter des Gutsherrn, die da hieß Macht, ehelichte nachdem er sich bei seinem Herrn Wählergunst unentbehrlich gemacht hatte. Selbst zum Gutsherrn geworden, sprach er vor seinen Knechten und Mägden von Emanzipation und gewährte ihnen die Freiheit zwischen der Arbeit in der Küche, im Stall, dem Feld, dem Wald und dem Vorwerk frei zu wählen - wenn dies die Erfordernisse des Betriebes zuließen. Nur als die Knechte forderten, selber freie Bauern zu werden, vergaß der zum Gutsherrn aufgestiegene Knecht seine eigene „Knechtschaft“ und rief: „Das ist Verrat an unseren solidarischen Grundsätzen!“

6.11.2 Daß aber oppositionelle Gruppen in den sich befreienden Ländern Osteuropas die Sozialdemokratie als politische Zielgröße und als wünschenswertes Banner entdeckten, ist auch nicht verwunderlich. Ersten kann man damit den Schwenk von ganz links nach ganz rechts vermeiden, und zweitens kann man an gemeinsames Erbe anknüpfen. Wobei man zu recht vermutet, daß die Sozialdemokraten aus ihrem Erbeil Besseres gemacht haben als die Kommunisten.

6.11.3 Aber ist Sozialdemokratie etwas, womit man die gesellschaftliche Zukunft sinnvoll gestalten kann? Die Idee der Geineinwirtschaft ist in unseren Tagen mit Schimpf und Schande zu Grabe getragen worden. Zu erkennen war allerdings auch schon am Beginn unseres Jahrhunderts, daß mit der Gemeinwirtschaft dem Kapitalis-

mus nicht die reißenden Zähne gezogen werden können. Von Investitionslenkung - eine Anleihe bei der Zentralverwaltungswirtschaft - wird auch heute noch in der SPD geträumt, wenn auch nur von einer Minderheit. Die Mehrheit hat ihre Lektion „Marktwirtschaft“ gelernt und akzeptiert, aber - wie auch die anderen Parteien - in ihrer kapitalistisch überwucherten Form.

6.11.4 Das Wissen um die Notwendigkeit einer Bodenrechtsreform ist nur noch bei wenigen SPD-Mitglieder vorhanden. Aus Angst, eine Diskussion des Themas könnte einen Machtverlust bringen oder -Zuwachs verhindern, wird die aus marktwirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Gründen notwendige Bodenrechtsreform als Verschlusssache betrachtet. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß in meinem Studium an der (damaligen) Akademie für Wirtschaft und Politik, die nach dem Krieg als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet worden ist, überhaupt das Stichwort Bodenrecht abgehandelt worden wäre. Diese Akademie hat aber viele Führungskräfte der SPD und auch der Gewerkschaften „produziert“.

6.11.5 Das Wissen um die Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung ist durchaus noch wach in der SPD. Trotz aller mißlungenen Versuche, hält die SPD an Umverteilungsprogrammen mittels Steuersätzen und Vermögensbildungsprogrammen fest, anstatt die Quelle des Ungleichgewichtes zu suchen und dort die Störungen zu beseitigen. Da die Vollbeschäftigung der Wirtschaft davon abhängt, daß alles Einkommen wieder zur Nachfrage wird und dieser Zustand nur durch eine möglichst gleichmäßige Zirkulation des Geldes zu erreichen ist, der Notenbank aber nur die destruktiv wirkenden Umlaufsicherungsmittel Zins und dosierte Inflation zur Verfügung stehen, muß eine Steuerpolitik, die die Kapitaleinkommen köpfen will, zwangsläufig scheitern. Denn sobald unter den gegebenen Umständen die Rendite des Kapitals gefährdet ist, setzt eine Unterbeschäftigung ein, welche die die Regierungen zu Subventionsprogrammen zwingen, die die steuerliche Abschöpfung des Kapitaleinkommens wieder aufhebt.

6.11.6 Die Versuche, die Einkommens- und Vermögensverteilung durch Vermögensbildungsprogramme zu korrigieren, können nichts anderes, als den Konzentrationsprozeß beschleunigen. Denn mit diesen Programmen kann man das Kapitaleinkommen nicht anzapfen. Es geht bei diesen Programmen also nur um eine Umverteilung innerhalb des Arbeitseinkommens. Diese Programme fördern jene, die clever sind und schon etwas auf die hohe Kante legen konnten. Die anderen werden ärmer, denn was der Staat umverteilen kann, muß er den Steuerbürgern ja vorher aus die Tasche ziehen. Wenn man nach den Kosten der Umverteilung fragt, bekommt man so gut wie keine Antwort. Einmal hat mir ein Mitarbeiter eines Landeswirtschaftsministeriums gesagt, daß intern damit gerechnet würde, jede umverteilte Deutsch Mark würde eine DM Kosten verursachen. Und daß solche Programme Wachstumsschübe für den Bürokratismus bedeuten, kann ebenfalls nicht übersehen werden.

6.11.7 Auch die Neigung der Sozialdemokraten, die Konjunktur über die Staatshaushalte zu steuern, hat nie den erwünschten Erfolg gehabt. Die negativen Wirkungen solcher Versuche sind aber, daß zweckfremde Zielsetzungen eine rationale Haushaltsführung der Kommunen, der Länder und des Bundes unmöglich machen. Wettbewerbsverzerrungen und Bürokratismus fördern und im Zusammenwirken mit der Notenbank inflationär wirken. Die Sozialdemokraten haben sich für den problematischen Teil der „Allgemeine(n) Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ von John Maynard Keynes entschieden. Den freiwirtschaftlichen oder gesellianischen Keynes - der einen gangbaren Weg in die Zukunft zeigen könnte - haben die Sozialdemokraten über die Jahrzehnte hinweg durch Parteiausschlüsse und Tabuisierung bekämpft. Auch wenn der Wandel innerhalb der Sozialdemokratie merkbar ist und Mitglieder (die mir persönlich häufig sympathisch sind) um neue Ziele und Zielerreichungsmaßnahmen ringen, so halte ich sie z. Zt. nicht für eine politische Kraft, die in der Lage wäre, den deutschen und anderen europäischen Gesellschaften mehr Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu bringen.

6.11.8 Aber ist da nicht die besondere Kompetenz der Sozialdemokratie im Bereich der Sozialpolitik? Wenn man davon ausgeht, daß Arbeitnehmer von den Sozialdemo-

kraten als ihr natürliches Klientel angesehen wird, dann erweisen sie hier ihren besonderen Unverstand und ihre Lust am Beherrschen der Menschen.

6.11.9 Die soziale Sicherung der Arbeitnehmer wird so behandelt, als ginge es hier um die Angelegenheit von unmündigen und unfähigen Menschen, die nur durch staatliche Gnadenakte herzustellen sei. In Wirklichkeit ist die soziale Sicherung der Arbeitnehmer Teil ihrer eigenen Ökonomie, die in einer freien Gesellschaft, in einer marktwirtschaftlichen Ordnung sich eigenverantwortlich in konkurrierenden Modellen gestalten lassen müßte. Die Anteile der Arbeitgeber an den Beiträgen zu den Sozialversicherungen der Arbeitnehmer sind Löhne in anderer Form: daß daraus Mitspracherechte für die Arbeitgeber abgeleitet wurden, gehört zu einen der vielen Verirrungen in der Sozialökonomie. Den Sozialdemokraten kommt aber nicht einmal in den Sinn, daß sie mit ihrer Art Sozialpolitik fortwährend Eigentumsansprüche der Arbeitnehmer manipulieren und häufig auch reduzieren, und daß diese Art sozialer Sicherung (neben dem Steuerrecht) geradezu eine Aufforderung zur Schwarzarbeit ist, wird auch viel zu wenig gesehen.

6.11.10 Hat denn wenigstens im Bildungsbereich die Sozialdemokratie ein gesamtgesellschaftliches (oder gesamteuropäisch) akzeptierbares Konzept anzubieten? Fehl-anzeige. Hier wird zwar von Emanzipation gesprochen, aber faktisch vom Bürger als Bildungsuntertan ausgegangen.

6.12 Sozialdemokratie kann man auch mit Staatsinterventionismus übersetzen. Und dieser Staatsinterventionismus wird nicht nur von der SPD praktiziert oder als Ziel angepeilt, sondern genauso - wenn auch mit Varianten - von der CDU/CSU, der FDP. Und bei den GRÜNEN finden wir ihn in ihren Forderungen auch, obwohl Dezentralität in der Gesellschaft eines der Ziele war, die ihre Gründung ermöglichten.

6.12.1 Die CDU/CSU würde sicher gerne - wenn sie könnte - durchsetzen, daß der Begriff 'Soziale Marktwirtschaft' nur in Verbindung mit ihrem Namen genannt werden darf. Eigentlich sollte man ihr das gönnen, denn die Bezeichnung 'Soziale Marktwirt-

schaft' für unsere realexistierende Wirtschaftsordnung ist eine doppelte Lüge. Wir haben keine Marktwirtschaft (allenfalls marktwirtschaftliche Elemente in Teilbereichen unserer Ökonomie) und sie ist auch nicht sozial. Wie ich schon ausführte, hat das, was hier unter Sozialpolitik läuft, nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Die Begriffsfälschung wurde aber nicht nur von der CDU/CSU betrieben, sondern genauso von der FDP der SPD. Sogar Teile der grünen Partei freunden sich mit diesem - heute verlogenen - Begriff an.

6.12.2 Die Marktwirtschaft oder Verkehrswirtschaft ist aber genausowenig ein Naturprodukt wie die Zentralverwaltungs- oder Kommandowirtschaft. Die Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber der Kommandowirtschaft ist in ihrer Art der Informationsvermittlung und der Kooperationstechnik mittels freier Preise und freien Zugang zu den Märkten begründet, aber vor allem darin, daß die Marktwirtschaft einfach der Natur des Menschen besser angepaßt ist.

6.12.3 Die Marktwirtschaft ist vom Modell aus betrachtet in sich sozial, solange oder sofern nur Leistung, also Arbeit (von Arbeitnehmern und Unternehmern) entlohnt wird, der Geldwert stabil gehalten wird und eine Dauerkonjunktur mit Vollbeschäftigung nicht von Krisen unterbrochen wird. Dieser Zustand kann nicht nur theoretisch sondern auch praktisch erreicht werden, wenn der Staat für die oder im Auftrag der Gesellschaft, der strukturierten Vielzahl der Individuen die richtigen Rahmendaten für die gewollte Wirtschaftsordnung setzt und solche Handlungen unterläßt, die das künstliche, der Natur nachempfundene kybernetische System, Marktwirtschaft genannt, stört.

Dieses war das Ziel jener Menschen, die den Begriff und das Programm „Soziale Marktwirtschaft“ nach dem Kriege gegen die überwältigende Mehrheit der Zentralisten in allen Parteien (auch der CDU) durchgesetzt haben. So wie ich dieses Ringen im Chaos des verlorenen Krieges verstanden habe, stand der Beifügung „sozial“ zum Begriff Marktwirtschaft nicht für staatliche wirtschaftspolitische Flickschusterei, sondern als eine Dauerverpflichtung, die Marktwirtschaft vor staatlichen und kapitalistischen Störungen zu schützen. Die Ordo- und Neoliberalen dachten dabei vor allem an ein stren-

ges Wettbewerbsrecht. Die Forderung der Freiwirte war auch damals schon: Neutralisierung der unvermeidbaren Bodenrente und Abbau des Kapitaleinkommens durch eine funktions- und sozial gerechte Währungsverfassung.

6.12.4 Der organisatorische Arbeitsrahmen der unterschiedlichen Liberalen war damals die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, eine Gründung des Freiwirtes Otto Lautenbach. Mit den ersten Erfolgen im System Marktwirtschaft erstarkten auch die reaktionären Scheinliberalen, die die Marktwirtschaft als Synonym für Kapitalismus mißbrauchten. Die Freiwirte wurden aus ihrer eigenen Gründung herausgedrängt. Dies ist nachzulesen in: „Freiheit? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung“, von Ernst Winkler, erschienen als Sonderdruck der „Fragen der Freiheit“ (Bosler Weg 11, 7325 Bad Boll) Es sind „Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur 'Sozialen Marktwirtschaft'“. In dieser Schrift ist auch nachzulesen, daß der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Gefahr für seine Politik von rechts aus dem eigenen Lager als größer einschätzte als von links, von der Opposition.

6.12.5 Als ich mit meiner rund 100seitigen Ausarbeitung vom Januar 1988 „GLASNOST und PERESTROJKA auch in in der Bundesrepublik Deutschland - ein Brief an die Mitglieder des Bundestages“ schon an der Eingangstür, dem Präsidium scheiterte, habe ich einzelne Abgeordnete gebeten, sich doch als Informationsblockadebrecher zu betätigen. Ich hatte auch Prof. Dr. Kurt Biedenkopf MdB (CDU), der als Querdenker gehandelt wird und eine Gastprofessur in der DDR übernommen hat, angeschrieben. Er antwortete am 30. Mai 1988 u.a.:

„Wie Sie vielleicht wissen, beschäftigt sich das von mir gegründete Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, Bonn e.V., mit der wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragestellungen aus dem Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft und ihrer Aufbereitung für die Praxis. Dabei fühlen wir uns den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet.“ ...

„Auf der Grundlage dieser Arbeit erscheint es mir wenig sinnvoll, die wirtschaftspolitischen Ansätze von Silvio Gesell auf die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu übertragen. Insofern halte ich auch entsprechende Forschungsaufträge oder Anhörungen durch den Ausschuß für Wirtschaft des Deutschen Bundestages nicht für zweckmäßig.“

Abgesehen davon, daß Biedenkopf nicht auf meine Bitte eingegangen ist, sondern sich als zusätzlicher Zensor betätigt hat, zeigt er sich in Bezug auf die Quellen der Sozialen Marktwirtschaft nicht besonders informiert. Verzeihlich ist dies insofern, als die freiwirtschaftliche Wurzel der Sozialen Marktwirtschaft in ihrer offiziellen Geschichte nicht vorkommt. In meinen Brief vom Januar 1988 an die Mitglieder des Bundestages, der eine Hintergrundinformation zu einer Petition „Prüfung einer alternativen Ökonomie vom Juli 1987“ sein sollte, und der Biedenkopf vorlag, hätte er aber die Zusammenhänge Soziale Marktwirtschaft und Freiwirtschaft erkennen können. Dort zitiere ich unter anderem aus der Titelgeschichte des SPIEGEL Nr. 37/1953. Es heißt dort:

„Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug; als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor.“

6.12.6 Die Frage ist, wenn ein relativ offener und geistig beweglicher CDU-Politiker wie Biedenkopf in Sachen Marktwirtschaft oberflächlich denkt, wie sieht es dann bei den mehr konservativen CDU-Leuten aus? Was empfehlen sie eigentlich den Menschen in der DDR, wenn sie von Sozialer Marktwirtschaft sprechen?

6.12.7 Auch ist die CDU ebenso wie die anderen Bundestagsparteien nun gerade kein guter Anwalt, wenn sie in Richtung DDR von Recht und Schutz auf privates Eigentum spricht. Privates Eigentum kann marktwirtschaftlich, christlich oder humanistisch gesehen doch nur sein, was der Mensch sich durch seine Leistungen zu eigen macht (einschließlich Schenkungen und Übertragungen für die, die nicht leisten können).

6.12.8 Die CDU/CSU hat aber dadurch, daß sie als politischer Hauptakteur eine wirkliche, in sich soziale Marktwirtschaft verhindert hat, die Tributpflicht der Arbeit gegenüber dem Kapital erhalten. Aus dem Eigentum der arbeitenden Menschen fließen via Zins und Bodenrente große Teile an jene Menschen, die Kapital ihr eigen nennen. Ich spreche nicht von bösen Kapitalisten und verteufele auch nicht die Zinsnahme. Ich kritisiere, daß ein ökonomischer Zustand künstlich aufrechterhalten wird, in dem arbeits-

loses Einkommen in größerem Umfang möglich ist. Die Eigentumsfeindlichkeit zeigt sich aber auch dort, wo es um die Beiträge der Arbeitnehmer zu den Sozialversicherungen geht. So wie die Dinge liegen, kann man nur von einer staatlichen oder halbstaatlichen Zwangsverwaltung privaten Eigentums sprechen. Aber auch die Höhe der Steuern hat einen enteignenden Charakter. Inflation und Deflation und auch die Mindestreserven der Banken bei der Bundesbank sind demokratisch, freiheitlich, rechtsstaatlich nicht zu vertretende Eingriffe in privates Eigentum.

6.13 Die FDP? Ich habe in ihr viele nette freundliche Menschen gefunden aber wenig freiheitlich orientierte Gedanken. Kleine Gedankenschritte, die über das Gegebene hinaus gingen, wurden als revolutionär empfunden. Die FDP, das ist: ein bißchen Mittelstandspolitik (ohne, daß gesagt wird, was denn der Mittelstand ist), unauffällig Politik für die Großunternehmen (man möchte doch nicht die Kleine-Leute-Partei sein), gewisse Erfolge in der Außenpolitik, eine gewisse Rührigkeit in der Innenpolitik und der Schwerpunkt: Verhinderung von absoluten Mehrheiten. Der letzte Programmpunkt dient wohl weniger zur Verhinderung von Machtmonopolen, als vielmehr der Möglichkeit, auf diese Weise die Beteiligung an der Regierungsmacht zu sichern. Als ein Vorbild für eine liberale Partei in der DDR kann ich die bundesrepublikanische FDP nicht sehen.

6.14.1 Die GRÜNEN sind im Grunde ein Ergebnis der Erstarrung und Anmaßung der Altparteien zu denen ich sie inzwischen auch rechne. Zum Parteistatus haben die Gründungsgrünen sich nur durchgerungen, weil es keinen anderen Weg in die Parlamente gab. Die zerstörerische Kraft der Parlamente - so die damalige Einstellung - könne aber nicht ausschließlich mit Bürgerinitiativen und Demonstrationen behoben werden. Die Kraft, die die Grünen am Anfang entwickelten, kam nicht nur durch die Betonung der Ökologie, sondern auch dadurch, daß sie eine Partei neuen Typs war. Konservative, Linke und Parteidistanzierte konnten zusammenwirken. Ein kleiner liberaler Kern (Mitglieder der Aktion Dritter weg, Achberg, des Arbeitskreises Dritter Weg und Einzelpersonen) hatte die Funktion der Scharniere zwischen dem linken und rechten Flügel übernommen. Die Liberalität kam auch darin zum Ausdruck, daß es neben dem

Hauptprogramm A) eine Programmabteilung B) geben sollte, in dem Minderheiten ihre Sicht der Dinge innerparteilich und nach außen dokumentieren können sollten. Die Linken, die diesen Satzungsparagrafen bejahten, als sie noch eine kleine Minderheit waren, sabotierten die Regelung, als sie durch die totale Öffnung der GRÜNEN nach links soviel Zulauf erhielten, daß sie durch ihre relative Zahlenstärke und durch ihre parteitaktische Überlegenheit die Parteiversammlungen ihren Willen aufdrücken konnten. Die Folge der totalen Linksöffnung war, daß die Konservativen aus die Partei DIE GRÜNEN herausgegrault und die Liberalen neutralisiert wurden. Das Bild das sich die Öffentlichkeit von den Grünen machte, wurde in der heiteren bunten lebendigen Anfangszeit geprägt.- So wie die CDU heute von ihrem Image lebt, daß sie in ihrer Anfangszeit durch die Leistungen der marktwirtschaftlichen Fraktion erhalten hat, so leben die heutigen Grünen von dem Erbe, das ihnen die Gründer hinterlassen haben.

6.14.2 Daß die erste Gründungszelle der Grünen eine freiwirtschaftliche Gruppe war, wird verschwiegen und verdrängt. Die Urgründer wurden einfach von den grünen Medien und Parteifinanzern ausgeschlossen. Von ihrer Anzahl her waren sie machtpolitisch unbedeutend, so daß man sie nicht zu berücksichtigen brauchte. Wer nun aber meint, es käme doch in erster Linie auf die Qualität von Inhalten an, der hat eben noch nicht genug Erfahrung mit Parteien gemacht, besonders nicht mit den GRÜNEN der BRD.

6.14.3 Die innerparteiliche Demokratie leidet in der Regel in den Parteien. Trotz der vielbeschworenen Basisdemokratie leidet die innerparteiliche Demokratie nach meiner Einschätzung bei den BRD-Grünen besonders. Ich hoffe nur, daß keine andere grüne Partei soviel Enttäuschung, Resignation und Entmutigung produziert wie die bundesrepublikanischen GRÜNEN.

6.14.4 Was ich aber den grünen linken Parteifreunden übel nehme und was sie für mich in die Nähe der alten SED rückt, ist die Tatsache, daß sie eine wirklich offene Ökonomiediskussion verhindert haben. Die ökonomischen Umstellungsschwierigkeiten der DDR und der anderen osteuropäischen Länder wären wesentlich geringer,

wenn DIE GRÜNEN die für alle Welt erforderliche ökonomische Klärungsarbeit ab 1980 aufgenommen hätten, so wie es der Wille der ersten Gründungszelle der Grünen (damals noch Grüne Liste Umweltschutz) war. Viele Grüne - sicher nicht alle - hätten gerne die DDR als eigenen Staat erhalten, sie haben nach meiner Ansicht aber selber dafür gesorgt, daß das mit großer Wahrscheinlichkeit nicht möglich ist.

## 7 Vereinigung der DDR und BRD; Neutralität? Kein Schein-Föderalismus!

7.1 Eine staatliche Eigenständigkeit der DDR neben der BRD innerhalb eines vereinigten Europas wäre durchaus möglich gewesen, wenn vor der Wende Klarheit über die erforderliche Ökonomie bestanden hätte. Der anschwellende Ruf in der DDR nach „einig Vaterland“, der ja wohl nicht nur, wohl aber in der Hauptsache ein Ruf nach gleichem Wohlstand wie in der BRD ist, ist wohl nicht mehr durch theoretisch-politische Angebote - sie mögen noch so solide sein - zum Verstummen zu bringen. Ich sehe darin kein Unglück, denn beide Möglichkeiten: vereinigte Staaten und getrennte Staaten, haben erfreuliche Gestaltungschancen.

7.2 Die Vereinigung der DDR mit der BRD sei nicht zum Nulltarif zu haben, hört man häufig in diesen Tagen. Das ist richtig. Die Aussage gilt aber in beiden Richtungen. Wenn die Vereinigung durch einen Vertrag beschlossen werden soll (ein Diktat steht erfreulicherweise ja nicht zur Diskussion), dann kommt dieser doch nur zu stande, daß beide Seiten ihren Vorteil dabei haben. Ob ein solcher Vertrag segensreich für alle betroffenen Menschen wirkt, hängt wesentlich von der Qualität der Vorarbeit ab. Zum Abschluß eines solchen Vereinigungs-Vertrages sind nach meinem Demokratieverständnis weder die Regierungen noch die Parlamente kompetent. Hier ist eine Urabstimmung der Bürger in beiden Staaten in der Form des Volksentscheides erforderlich.

7.3 Ich selber habe in den 50ziger Jahren meinen Einstieg in die Politik über die Themen Friedensarbeit und Neutralität der deutschen Staaten gefunden. Der Vorschlag vom Ministerpräsidenten Hans Modrow, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit dem Status eines militärisch neutralen Staates zu verbinden, muß mir daher sympa-

thisch sein. Ich denke aber, daß er in dieser neuen Situation nicht zweckmäßig ist. Die Nato ist ja nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern real gesehen auch ein Instrument der gegenseitigen Kontrolle. Diese direkte gegenseitige Kontrolle würde aber wegfallen, wenn Deutschland neutral würde. Es wird immer vom Sicherheitsbedürfnis der deutschen Nachbarn und von der Gefahr gesprochen, die von einem vereinigten Deutschland ausgehen könnte. Wir Deutschen können aber genauso von unserem Sicherheitsbedürfnis und von den Gefahren, die von z.B. Frankreich und England (besonders unter Berücksichtigung ihrer Atombomben) ausgehen, sprechen. Beide Länder waren nach uns in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. Da sich aber die Nato und der Warschauer Pakt überlebt haben und die Supermächte zur Entwicklung des demokratischen Gleichgewichts der Völker machtpolitisch abspecken sollten, wäre es sinnvoll, ein neues Militärbündnis für Europa ohne UdSSR und USA, aber einschließlich Polens und der anderen osteuropäischen Staaten zu schließen und die alten aufzulösen.

Wichtig wäre natürlich auch in der neuen Formation, daß das Material und die Mannschaften des Militärs weiter drastisch reduziert würden. Und besonders wichtig wäre bei einem auch militärisch geeintem Europa, daß von ihm keine ökonomischen Bedrohungen der anderen Völker ausgehen.

(Nebenbei: Ich schätze, daß auch Vorbehalte gegen die Neutralität eines geeinten Deutschlands in der Furcht begründet sein könnten, daß Deutschland durch eine Neutralität ihren militärischen Aufwand stärker reduzieren könnte, als die im Bündnis verbleibenden anderen Staaten und daraus folgend, durch die geringere steuerliche Belastung der Wirtschaft einen Wettbewerbsvorteil erhielte.)

7.4 Die Menschen in der DDR. haben die Chance zur künftigen eigenständigen Entwicklung dann, wenn sie sich einer Vereinigung in einem zentralistischen Staat verweigern und konsequent das föderative Prinzip fordern und durchsetzen. Die Bundesrepublik ist eine sehr fragwürdige Föderation, und aus Jugoslawien hört man die Kennzeichnung „Scheinföderation“. Aus der UdSSR hört man die erfreuliche Nachricht, daß dort die gesetzliche Basis für eine wirkliche Föderation, mit freiwilliger Zugehörigkeit und dem Recht auf eigene Sprache geschaffen werden soll.

7.5 Wichtig für eine wirkliche Föderation ist:

7.5.1 - daß die Finanzierung der staatlichen Haushalte nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben erfolgt;

7.5.2 - daß die Anwendung des Satzes „Bundesrecht bricht Landesrecht“ auf ganz wenige wesentliche, alle Bürger betreffende Angelegenheiten begrenzt bleibt;

7.5.3 - daß die Bundesstaaten nicht in sich zentralistisch aufgebaut sind, sondern sich dadurch entlasten und den Bürgern die Freiheit zur Selbstbestimmung belassen, daß das föderative Prinzip möglichst umfangreich auf privatrechtlicher Basis zur Anwendung kommt;

7.5.4 - daß Zusammenschlüsse nicht eine Einbahnstraße sind (Der Ausstieg aus der Föderation muß nach vorher vereinbarten Bedingungen ohne Repressalien möglich sein. Bayern muß z.B. die Möglichkeit erhalten, wenn die Menschen es dort wollen, sich mit Österreich zu föderieren. Niedersachsen und Niederlande, Schleswig-Holstein und Dänemark, Gebiete der heutigen DDR und Polen sind denkbare (wenn heute auch nicht wahrscheinliche) Föderationspartner. Wichtig ist dabei, daß die Gemeinschaft der Föderierten sich nie sicher sein kann, daß einzelne Mitglieder nicht aus dem Bund ausscheren. Dies ist eine Bremse in Richtung Bevormundung und hält das Werben um die einzelnen Mitglieder wie das Werben um die Braut vor der Hochzeit für immer aufrecht. Auch muß der Ausschluß aus der Föderation möglich sein, wenn ein Mitglied ständig die Kooperation verweigert. )

7.5.5 - daß natürliche Standort-Vorteile und -Nachteile mildernd ausgeglichen werden, aber die tüchtigen Mitglieder nicht automatisch zu Gunsten der schlafmützigen zur Kasse gebeten werden.

## 8 Gewerkschaften. Arbeits-Verwaltung und -Versicherung

8.1.1 Auf die Gewerkschaften bin ich in der ersten Ausarbeitung „Darauf kommt es an!“ eingegangen. Hier möchte ich Befürchtungen, die Unternehmer würden die Arbeitnehmer in der DDR unterbuttern, wenn es bis dahin keine starken neuorientier-

ten Gewerkschaften gibt entgegenzutreten. In diesen Befürchtungen kommen zwei Fehleinschätzungen zum Ausdruck. Die Möglichkeiten sowohl der Arbeitgeber wie auch der Gewerkschaften werden überschätzt.

8.1.2 Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen sind in der Marktwirtschaft Inhalte von Arbeitsverträgen (individuell oder mit Verweisen auf bestehende Tarifverträge). Das Angebot und die Nachfrage bestimmt auch hier den Preis. (Nebenbei: Daraus ergibt sich auch, daß die Übersiedler aus der DDR in der BRD tendenzielle Lohndrücker sind.) Soviel näher eine Volkswirtschaft sich dem Zustand der Vollbeschäftigung nähert, je informierter der Arbeitnehmer über seinen Marktwert ist und je flexibler er in seiner Einsatzbereitschaft ist, desto weniger kann ein Arbeitgeber ihn Übervorteilen. Arbeitgeber werden dies in der Regel auch von sich aus gar nicht versuchen, weil die folgenden Kosten der Fluktuation den kurzfristigen Vorteil mehr als kompensieren würden.

8.1.3 Es ist notwendige Kritik und nicht Gewerkschaftsfeindlichkeit, wenn ich sage, die Wirksamkeit der Gewerkschaften zu Gunsten der Arbeitnehmer ist mehr Ideologie als Wirklichkeit.

8.1.4 Die Gewerkschaften können mit ihren Instrumenten weder für eine Dauerkonjunktur noch für eine Verlagerung des Kapitaleinkommens auf das Arbeitseinkommen sorgen. Was sie mit dem Instrument Streik oder Streikandrohung bewirken können, ist, daß bestimmte Arbeitnehmergruppen zu Lasten weniger organisierter Arbeitnehmer bevorzugt, bzw. die schwächeren Unternehmen der betreffenden Branche in Bedrängnis gebracht werden. Gewerkschaften können insgesamt nicht mehr für ihre Mitglieder herausholen, als der kapitalistisch deformierte Markt sowieso hergibt. Das Wirken der Gewerkschaften war daher bei uns auch mehr auf Machterhalt als auf eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer ausgerichtet - nicht gewollt, aber de facto.

8.2.1 Beim Aufbau einer Arbeitsverwaltung und einer Arbeitslosenversicherung nach bundesrepublikanischen Vorbild erwartet die DDR finanzielle und fachliche Unter-

stützung. Vorher wäre doch eigentlich zu fragen, ob denn das, was da übernommen werden soll, übernehmerswert ist. Auch hier ist es so, daß die DDR nach Ladenhütern der „Sozialpolitik“ strebt, anstatt ihre Bürger zu ermuntern, ihren eigenen Kopf anzustrengen, um Besseres zu ersinnen.

8.2.2 Klar ist, daß es dort wo es einen Markt für Arbeitsleistungen gibt, auch eine Vermittlung für Arbeit geben muß. Im Modell der Marktwirtschaft gibt es keinen Grund irgend jemanden ein Monopol auf Stellenvermittlung einzuräumen. Die staatlichen Arbeitsämter sind in einer Zeit entstanden, wo aufgrund widersinnigen staatlichen Handelns Arbeitsplätze eine absolute Mangelware waren. Über die Nationalsozialisten gelang diese Institution dann in die Bundesrepublik. Ich bin mir gar nicht sicher, ob die Leistungen der Arbeitsämter so schlecht sind, wie häufig behauptet wird. Ich habe auch keinen Grund die Mitarbeiter in den Arbeitsämtern herabzusetzen. Ich habe aber Grund zur Annahme, daß die Arbeitsvermittlung billiger und effektiver würde, wenn sie von konkurrierenden Vermittlern und Beratern vorgenommen würden. Es gibt vor allem keinen Grund Einzelmenschen oder Gruppen, die meinen ihre Neigungen und Fähigkeiten lägen in einer privaten Arbeitsplatzvermittlung, ihr Recht auf persönliche Entfaltung zu beschneiden. Das gleiche gilt für die Berufsberatung. Ich habe an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß hier ein Arbeitsfeld von Gewerkschaften neuen Typs liegt.

Die Kindergeldkasse ist - wenn ich mich recht erinnere – in Zeiten hoher Beschäftigung - also Unterbeschäftigung der Arbeitsämter - dieser Institution aufgepfropft worden.

8.3.1 Die Arbeitslosenversicherung ist aus marktwirtschaftlicher - also emanzipatorischer - Sicht ein Monster, ein Produkt sozialpolitischer Verwirrung. Sie ist ein Manipulierungsinstrument des Staates und keine Versicherung.

8.3.2 (( Meine Beurteilung ist abgekoppelt von meiner persönlichen Interessenlage, denn ich habe verschiedene Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (die gesetzliche Grundlage der Zahlungen der Arbeitsämter) erhalten und werde als Langzeit-

arbeitsloser mit einem Lohnkostenzuschuß wieder in ein Arbeitsverhältnis eingegliedert. So sehr diese Arbeitsplatzsubventionen eine Hilfe für die betroffenen Familien sein können, ein Mittel zur Stärkung des Selbstwertgefühls der betroffenen Arbeitnehmer sind sie gerade nicht. Im übrigen ergeht es konsequenten Marktwirtschaftlern in der BRD so, wie es sicher konsequenten marxistischen Sozialisten in der alten DDR ergangen ist. Sie haben wenig Chancen, weil sie für die Macher lästige Moralisten sind. Die innere Immigration ist da der einzige Ausweg. Ich erwähne dies hier, damit nachvollzogen werden kann, auf welchem Hintergrund diese Überlegungen hier formuliert werden.))

8.3.2 Ende 1977 habe ich eine Arbeit vorgelegt mit dem Titel: „Arbeitslosigkeit - Ursachen - Wirkungen - Lösungen – und einen Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung“. Die Landesgeschäftsstelle der niedersächsischen FDP wollte das 72seitige Manuskript zur internen Diskussionen drucken. Parteifreunde im Landesfachausschuß für Wirtschaft haben das sabotiert. Es darf eben nicht sein, daß unkonventionelle Gedanken unter die Leute gebracht werden. Sie könnten unkontrollierbare Wirkungen haben.<sup>1</sup>

8.3.3 Mein damaliger Grundgedanke war wohl der, daß die Arbeitslosigkeit im größeren Umfang keine systemimmanente Erscheinung der Marktwirtschaft ist. Sie ist entweder politisch gewollt oder durch falsches staatliches Handeln verursacht. Die Kosten dieser vermeidbaren Massenarbeitslosigkeit kann man folglich nicht einfach durch eine Zwangsumlage den Arbeitnehmern aufbürden, besonders jenen nicht, die aufgrund ihrer Arbeitsverträge gar nicht arbeitslos werden können. Die Kosten der Massenarbeitslosigkeit müssen (gestaffelt nach Verantwortlichkeit der staatlichen Ebene ) voll zu Lasten der Staatskassen (Bund, Länder, Gemeinden) gehen, damit die Mißwirtschaft oder die Fehlhandlungen der staatlichen Organe sofort und voll sichtbar werden und einen entsprechenden politischen Handlungsdruck auslösen. Zahlungen aufgrund dieser Arbeitslosigkeit - die einsetzen, wenn die individuelle Arbeitslosenversicherung ausgeschöpft sind, erfolgen dann im Rahmen der Sozialhilfe, deren Höhe

---

1 Hinweis vom Feb. 2005. Der Text ist zugänglich unter [www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de) dort unter Texte / Abreiten die Nr. 1.1 (und 1.2, 1.3)

gestaffelt ist, je nachdem ob ein Arbeitsloser gemeinnützige Arbeiten übernimmt oder nicht.

8.3.4 Das individuelle Risiko (also nicht konjunkturell bedingte) der Arbeitslosigkeit und der Möglichkeit, daß erlernte Fähigkeiten nicht mehr gefragt sind und eine Umschulung erforderlich wird, ist kalkulier- und daher versicherbar. Arbeitnehmern könnte also das Recht zugestanden werden, ihr persönliches Arbeitslosigkeitsrisiko im freigewählten Umfang bei konkurrierenden Versicherungen abzusichern. Diese Versicherungsgemeinschaften müssen aber auch davor geschützt werden, daß ihre Vermögen via Staat zu Gunsten anderer angezapft werden.

## 9 Grenzgänger und Übersiedler

9.1 Neulich in der Fernsehberichterstattung über eine Sitzung des eckigen „runden Tisch“ wurde das Thema der Grenzgänger behandelt, als jener Bürger, die in der DDR wohnen und in der BRD arbeiten. Es wurde von dem Regierungsvertreter bedauert, daß die BRD-Regierung sich nicht im Stande sah, Arbeitsverträge zwischen Unternehmen in der BRD und DDR-Arbeitnehmern zu verhindern. Man wolle diese Arbeitsverträge nun seitens der DDR administrativ verhindern.

9.2 Auch wenn die DDR-Wirtschaft diese Arbeitnehmer dringend selber benötigt, sind die angekündigten Maßnahmen politischer und ökonomischer Schwachsinn. Politischer Schwachsinn, weil der Druck ganz überzusiedeln dadurch nur zunehmen kann. Ökonomischer Schwachsinn, weil der Grenzgänger dringend benötigte DM ins Land bringt und dazu beiträgt, daß der Druck auf die Löhne in der DDR im steigenden Sinne zunimmt und somit das Lohngefälle zwischen DDR und BRD schneller abnimmt. Die Grenzgänger eignen sich darüber hinaus Können und Erfahrung an, das bzw. die sie in der darauf folgenden Zeit in der DDR direkt anwenden können.

9.3 Unabhängig von der künftigen Gestalt Deutschlands sollten Grenzgänger in beiden Richtungen als Bereicherung angesehen werden. Ja, man sollte Ihnen sogar die

freie Wahl zwischen der geltenden Besteuerung und dem Sozialversicherungssystem ihrer Wohn- und Arbeitsorte lassen.

9.4 Die Übersiedler - egal ob sie zur ersten Welle der Pioniere, der zweiten der Problematischen oder zur dritten des DDR-Ouerschnitts (Charakterisierung hier aus der Presse) gehören - haben neben den Demonstranten und den Verweigerern und Querdenkern im alten Machtapparat das Verdienst, den nötigen Veränderungsdruck in der DDR herbeigeführt zu haben.

9.5 Es gibt auch keinen Grund den heutigen Übersiedlern vorzuwerfen, daß sie „nur“ mehr von der Sonnenseite des Lebens erheischen wollen.

9.6 Weiter gibt es auch keinen Grund, die Grenze wieder dicht zu machen. Es gibt aber allen Grund die staatliche Hilfe seitens der BRD für die Übersiedler (die Aussiedler müssen wohl differenziert betrachtet werden), einzustellen. Wer eine Arbeit und eine Wohnung in der BRD gefunden hat, kann trotzdem kommen.

9.7 Die Bedingungen für eine Einwanderung (und noch ist es - real gesehen - eine Einwanderung, wenn DDR-Bürger zu uns kommen! der jeweiligen Situation anzupassen, ist eine ganz normale Sache der Einwanderungsländer (wenn auch für die Betroffenen unerfreulich).

9.8 Gerade wenn die DDR der Vereinigungspartner von morgen ist, gilt es hier auch ihre Interessen (wenn damit nicht die Wiederherstellung alter Strukturen gemeint sind) mit zu wahren. Dies kann geschehen, ohne die eigenen politischen Werte zu verbiegen. Wenn aber die CDU/CSU meint, mit den weiteren Zuwendungen für Übersiedler treue Wähler zu gewinnen, dann verkalkuliert sie sich sicher. Ich schätze für jeden neuen Wähler verliert sie zwei Stammwähler.

9.9 Neulich sagte ein DDR-Ökonom: „Übersiedler würde es auch geben, wenn die Übersiedlungswilligen der BRD ein Eintrittsgeld zahlen müßten.“ Dies ist wahrschein-

lich, denn von gerechter Einkommensverteilung kann ja wohl in der alten DDR auch nicht die Rede sein. Es werden aber wohl nicht viele sein und es ist auch nichts dagegen zu sagen, wenn DDR-Bürger auf eigene Rechnung in der BRD leben.

## 10 Alte Eigentums- oder Entschädigungsansprüche und Mieterschutz

10.1.1 In meinem ersten DDR-Papier habe ich vorgeschlagen, wie man das Staatsvermögen unter Berücksichtigung von Schuldentilgung, Sicherung der Renten und Rücklagen für eine reduzierte Zahl von Staatsangestellten zum Nutzen aller DDR-Bürger privatisieren kann. Ich bin dabei davon ausgegangen, daß man die Geschichte nicht zurückdrehen kann und alte Eigentumsverhältnisse nur annähernd gerecht wieder hergestellt werden können ohne neues Unrecht zu produzieren. So wie ich alte deutsche Eigentumstitel im heutigen Polen durch die realen Ereignisse für erloschen erachte und nur dann ins Spiel bringen würde, wenn die Polen Forderungen an die DDR oder BRD geltend machen würden, die die heute lebenden Menschen nicht zu vertreten haben, so hatte ich auch alte Eigentumstitel in der DDR als erloschen betrachtet.

10.1.2 Gefühlsmäßig empört und aufgeschreckt wurde ich als ausgerechnet ein „Staatsmann“ der SPD, nämlich Egon Bahr ganz selbstverständlich alte Eigentumsansprüche gegenüber der SED-PDS für die neue SPD geltend machte. Weniger wichtig ist sicher, daß es mir Schwierigkeiten bereitet in der neuen SPD eine juristische Nachfolgeschaft der alten zu sehen. Es ist auch nicht die Tatsache, daß die SED-PDS (heute nur PDS) wieder abgeben soll, was ihr nicht gehört. Das Ärgernis besteht darin, daß die SPD gedankenlos eine Lawine losgetreten hat. (Es ist auch kein Trost, daß es jemand anderes gewesen wäre, wenn die SPD nicht vorgeprescht wäre.)

10.1.3 Da die Enteignungen und Zwangsverkäufe nicht alle gleich in den ersten Gründungsjahren der DDR erfolgt sind, ist eine Lösung des Problem es doch komplizierter. Doch sollte dies kein Grund sein, zu verzagen. Ich bin nicht der Gesetzgeber und auch nicht der Richter. Von meinem Gerechtigkeitsgefühl und meinen ökonomischen Einsichten ausgehend würde ich wie folgt verfahren.

10.1.4 Das Eigentum der PDS und der alten SPD: Um eine Chancengleichheit aller Parteien herzustellen, als Sühne der alten DDR-Parteien wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und weil ich vermute, daß heute nicht mehr auseinander gerechnet werden kann, welches Vermögen der DDR-Altparteien aus Mitgliedsbeiträge, aus Privilegien, aus Raubübertragungen und aus staatlichen Zuwendungen entstanden ist, übertragen die DDR-Altparteien einer überparteilichen Stiftung für demokratische Bildung.

10.1.5 Wenn Eigentumsansprüche an Grund und Boden oder entsprechende Entschädigungsansprüche bestehen, darf das nicht dazu führen, daß der Boden im Privateigentum belassen wird oder daß Entschädigungsansprüche mit realem Boden abgegolten werden. Die Ansprüche aus Bodeneigentum müssen in Geldwert (Schuldverschreibungen des Staates mit Indexsicherungsklausel) abgegolten werden. (Die Gründe dafür habe ich an anderer Stelle beschrieben.)

10.1.6 Die Zwangverkäufe von Unternehmen in den 70ziger Jahren, las ich, können zu den Bedingungen von damals rückgängig gemacht werden. Dagegen ist nichts einzuwenden, soweit Erweiterungsinvestitionen und der Boden gesondert behandelt werden.

10.1.7 Es sei kein Thema von westdeutschen Unternehmen, Forderungen aufgrund alter Eigentumsrechte in der DDR geltend zu machen, hörte ich einen Unternehmensverbandsvertreter sagen. Ich denke auch, daß für die westdeutschen Unternehmen das neue Geschäft interessanter ist als ein Streit um alte Rechte. Zudem ist zu vermuten, daß sie Lastenausgleichzahlungen erhalten oder steuerlich diese Verluste geltend gemacht haben. Ich würde den Kapitalgesellschaften keine Entschädigung zahlen und den Minder- oder Vollkaufleuten (die als Handwerker oder Händler eine Einzelunternehmung oder eine Personengesellschaft betrieben haben und Enteignet wurden) eine Quote wie in Vergleichs- oder Konkursverfahren anbieten, wenn sie innerhalb einer ausreichenden Frist Ansprüche geltend machen.

10.1.8 Eine gleiche Regelung würde ich mit Gläubigern anderer Länder anstreben. Z. B. war am 2. Februar in der Zeitung zu lesen, daß Schweizer 700 Millionen Franken als Entschädigung für Enteignungen verlangen. Das was danach als nicht realisierbare Forderungen von den privaten Gläubigern abgeschrieben werden muß, sollten die betreffenden Staaten als privat geleistete Entwicklungshilfe für die DDR als steuermindernd anerkennen.

10.1.9 Bei den privaten Entschädigungsforderungen von Bürgern der BRD - die wohl trotz des Lastenausgleichs, der hier gezahlt wurde und rückzahlbar ist, soweit die Forderungen gegenüber der DDR realisiert werden können, sollte der Bundestag mit einer Gesetzesänderung feststellen, daß diese Forderungen untergegangen sind. Regelungen zur Vermeidung von Härtefällen sind denkbar.

10.1.10 Von Israel sollen auch Wiedergutmachungsansprüche geltend gemacht worden sein. Daß das Leid, daß die verantwortliche Generation der Deutschen ihren jüdischen Mitbürgern und Juden anderer Nationalität angetan hat, mit Geld nicht wieder gut zu machen ist, sollte außer Zweifel stehen. Wenn aber mit Geld etwas gut zu machen ist, sollte dies auch geschehen. Ich denke aber, daß der Staat Israel kein Recht, hat irgendwelche Forderungen zu stellen. Ich würde an den Staat Israel auch keine Zahlungen leisten, weil ich befürchten würde, daß dieses Geld zur Unterdrückung der Palästinenser verwendet wird. Wenn Forderungen geltend gemacht werden, müssen sie individuell geltend gemacht werden. Da dieses aber aufgrund der Vernichtung oder des Zeitablaufes meistens nicht mehr möglich sein wird, würde ich als DDR-Staat jenen israelischen Gruppen, die eine Aussöhnung mit den Palästinensern anstreben, ein Sühnegeld zahlen. Des weiteren würde ich eine weitere beachtliche Summe zur Förderung der jüdischen Kultur in der DDR bereitstellen.

10.1.11 Bei den Entschädigungsforderungen dürfen auch jene nicht übersehen werden, die zu Unrecht Jahre ihres Lebens in DDR-Gefängnissen verbrachten und oft dabei ihre Gesundheit einbüßten .

10.2.1 „DDR-BÜRGER FORDERN MIETERSCHUTZ . Um sich vor möglichen Zugriffen von Bundesbürgern auf früheres Eigentum in der DDR zu schützen, hat sich in Ost-Berlin eine Bürgerinitiative Mieterschutzbund gegründet. Den Anstoß dazu habe der durch die Medien bekannt gewordene Brief eines Bundesbürgers aus Kiel gegeben, dessen Großvater einst in Pankow Häuser besaß und der nun 'alte' Rechte beanspruchte, ...“ hieß es am 3. Februar in der HAZ.

10.2.2 Hier .in der Bundesrepublik gilt der Rechtssatz: Kauf bricht nicht Miete. Das heißt, Mietverträge bleiben von Eigentumsveränderungen unberührt.

10.2.3 Es spricht nichts dagegen, daß DDR-Bürger einen Mieterschutzbund gründen. Ein Mieterschutzbund und Mieterschutzgesetze können aber nicht die Probleme des Wohnungsmarktes lösen. Der beste Mieterschutz entsteht dann, wenn immer und überall ein kleiner Überhang an Wohnungen besteht und es leicht ist, die Rolle vom Wohnungsmieter zum Wohnungseigentümer zu tauschen.

10.2.4 Es gilt auch für den Wohnungsmarkt: Die ökonomischen Grundprobleme müssen gelöst werden, wenn Friede zwischen Vermietern und Mietern einkehren soll.

10.2.5 Ein überfrachtetes Mietrecht wirkt nur wie eine Arbeitsbeschaffungsmaße für die Gerichte. Ein ungleichgewichtiges Mietrecht, daß die Mieter gegenüber den Vermietern begünstigt, kann nur bewirken, daß DDR-Mieter weiterhin in Bruchbuden wohnen müssen.

10.2.6 Es ist sicher unbefriedigend, was ich hier geschrieben habe. Ich denke aber, daß diese Fragen bald geklärt werden müssen, weil eine Verzögerung der Antworten, eine gedeihliche Entwicklung der DDR behindern. Auf alle Fälle müssen diese Probleme vor einer Vereinigung der beiden Deutschländer geklärt werden.

## 11 Wirtschaftsreform / Umweltschutz

11.1 Ich will hier nicht wiederholen, was ich im ersten Beitrag deutlich genug, für den, der verstehen will, beschrieben habe.

11.2 Es gibt in der DDR das Problem der ideologischen Befangenheit, die es den Entscheidungsträgern schwer macht, die Dinge so zu sehen wie sie sind und zu unterscheiden, wo Bundesrepublikaner sie rein legen könnten oder wo von ihnen wirkliche Hilfe angeboten wird.

11.3 Das ist aber nicht das eigentlich Problem, dies hat die BRD in ihrer Geburtsstunde auch gehabt. Das Kernproblem ist, daß in der DDR eine 'Rotte liberaler Geister' fehlt, die aus Einsicht oder Intuition als sichere polit-ökonomische Wegweiser fungieren könnten. In der Geburtsstunde der Bundesrepublik hat es diese 'Rotte' gegeben. (Siehe „Freiheit?“)

11.4 Diese Zielunsicherheit in der DDR erzeugt Handlungsunsicherheit und in Folge eine, die Selbständigkeit der DDR vernichtende, Verzögerung des Umbaus.

11.5 Wenn ich höre, daß in der DDR noch ein Ministerium für Preise und Löhne im Amt ist und sich bemüht alte Preise auf den neuen Stand mit weniger oder ohne Subventionen umzurechnen, dann ist das zum Haareausraufen. Preise - sie sind Gebühren, wenn sie nicht frei sind - gehören zu einer freiheitlichen, wohlfahrtlichen Entwicklung eines Landes wie der freie Gedankenaustausch ohne Zensur.

11.6 Gebt die Preise frei, entlaßt die Unternehmen in die Selbständigkeit. Schickt die Preisbürokraten, die ja nicht dumm sind, auf Lehrgänge für betriebswirtschaftliche Kalkulation und entlaßt sie mit einem Übergangsgeld in den Arbeitsmarkt, damit sie sich bei den dann autonomen Betrieben als Kalkulatoren bewerben können. Den DDR-Unternehmen ist mit Warenkatalogen des Einzel-, Groß- und Fachhandels aus der BRD mehr gedient, als mit untauglichen Vorgaben aus einem Preisministerium.

11.7 Die Wirtschaftsministerin der DDR, Frau Luft, sagte, daß sie viel Post zum Thema Subventionen erhält. Die Hälfte der Briefschreiberinnen wäre für einen Subventionsabbau, die andere Hälfte dagegen. In einer Umbruchphase einer Gesellschaft ist es noch mehr erforderlich, als wenn sie sich in einer kontinuierlichen Entwicklung befindet, daß die Bürger über den Sinn staatlicher Maßnahmen verständlich informiert werden. Also ist es erforderlich, Herkunft und Wirkungen von Warensubventionen in allen Zeitungen und Fernsehsendungen so zu beschreiben, daß es wenigstens 95% der Bürger verstehen können. Ebenso ist die Wirkung der Umstellung von der Subventionen von Waren und Institutionen auf Subventionen von Personen, die politisch als bedürftig definierte werden, zu erklären. Und als dritte Variante ist dann die Wirkung des totalen Subventionsabbaus darzustellen. Wenn die Leute die Fehllenkungen, Kosten und Herkunft von Subventionen begreifen, dann werden sie auch mehrheitlich für ihre radikale Reduzierung oder für ihre gänzliche Abschaffung stimmen.

11.8 Die DDR-Regierungsdelegation hat in Bonn nicht die erwarteten Blanco-DM-Zuschüsse in Milliardenhöhe erhalten. Ich kenne die Motive der Bundesregierung für ihre ablehnende Haltung nicht. Ich selber hätte - wenn ich mich in die Rolle einer bundesrepublikanischen Regierung hineinversetze - die Milliarden auch nicht einfach blind geschenkt. Ich denke schon, daß man von der DDR verlangen kann, daß sie die Voraussetzungen für eine konsequente Marktwirtschaft als vertrauensbildende Maßnahme schneller vorantreibt. Dies würde als erstes die Erkenntnis zu Tage fördern, daß man gar nicht so stark vom ausländischen Geld in Form von verloren Zuschüssen abhängig ist, wie man annimmt.

Die Hauptmasse des Finanzbedarfs könnte dann durch private Investitionen aufgebracht werden. Und für jene Summen, die vom Bund der DDR zufließen und den Bürgern aus der Tasche gezogen werden müssen, würde ich für die betroffenen BRD-Bürger tilgbare DDR-Schuldtitel verlangen, die dann später im Rentenalter von den jetzt zahlenden BRD-Bürgern als Aufbesserung ihrer (in Zukunft schmaler werdenden) Rente verwendet werden könnten. Die Investitionen auch Steuermittel bringen (richtig vorgenommen) Wohlstand, warum sollen die nicht daran teilhaben, die ihn mitfinanziert haben. Es geht dabei nicht unbedingt um eine rentable Anlage. Der Zinssatz

könnte Null sein, wenn der Wert durch eine Indexklausel gesichert würde.

11.9 Bei westlichen Beratern in Sachen Marktwirtschaft sind Vorbehalte durchaus angebracht. Die meisten Berater haben einen zu engen Blickwinkel. Sie können meistens Marktwirtschaft vom Kapitalismus nicht unterscheiden. Die wenigsten verstehen, daß Marktwirtschaft ein befreiendes gesellschaftliches Prinzip ist, daß nicht nur für Kaufleute, Handwerker und Fabrikanten da ist, sondern genauso z. B. für Pädagogen, Angehörige von Heilberufen und Künstlern. Von Prof. Hahn, dem Vorstandsvorsitzenden der Volkswagen AG, hatte ich neulich nach einer DDR-Fernsehsendung den Eindruck, für ihn ist die Marktwirtschaft schon realisiert, wenn er Autos bauen und verkaufen (lassen) kann. Diese hier beschriebene Haltung - die Hahn vielleicht als falsch zurückweisen möchte - halte ich für westdeutsche Unternehmer für typisch. Für typisch halte ich auch folgendes: Ich hatte gelesen, daß sich 2300 Generaldirektoren, Betriebsleiter und Existenzgründer sich für die von der Industrie- und Handelskammer Hannover - Hildesheim veranstalteten Unternehmertage angemeldet hätten. Ich dachte bei mir: Diese DDR-Bürger sind eigentlich gute Adressaten für meinen Schrieb „Darauf kommt es an!“ Ich habe also den leitenden Leuten der IHK mein Skript zugesandt mit der Anfrage, ob sie mir nicht westdeutsche Unternehmer vermitteln könnten, die den Druck ermöglichen würden, um ihn den Tagungsteilnehmern als Orientierungshilfe mitzugeben. Wenn dies nicht möglich wäre, ob sie dann wenigstens der sicherlich vorgesehenen Tagungsmappe eine Notiz über meine Arbeit beifügen könnten. Die Antwort: „In bezug auf Ihren Text müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß wir von einer Veröffentlichung unsererseits absehen möchten.“

11.10 Die Angebote diese tüchtigen Krämerseelen, die wie alle Funktionäre nicht vertragen können, wenn man ihre Daseinsberechtigung in Frage stellt, sollten von den Umstellungs- und Neu-Unternehmern aus der DDR voll „ausgebeutet“ werden, denn über die geltenden wirtschaftlichen Bedingungen in der BRD können sie gut informieren. Was man von ihnen aber nicht erwarten kann, ist eine Orientierung über eine marktwirtschaftliche Gesamtordnung.

11.11 Der Umweltschutz liegt in der DDR besonders im Argen, ihr erlebt es direkt und unmittelbar, wir mehr indirekt. Es hört sich gut an, wenn die BRD beim Umweltschutz der DDR finanziell unter die Arme greift. Es sollte dabei aber nicht übersehen werden, daß das kein Dauerzustand sein kann. Ich bin überzeugt davon, daß das westdeutsche Geld für den DDR-Umweltschutz den kleinen Leuten bei uns aus der Tasche gezogen wird. Die Übernahme von Kosten des Umweltschutzes, die eigentlich die DDR-Unternehmen zu zahlen hätten, sind ökonomisch gesehen auch eine Subvention, die Wettbewerbsverzerrungen zwischen DDR- und BRD-Unternehmen, die diese Kosten (im höheren Maße) selber zu tragen haben hervorrufen.

Es muß daher generell das Verursacherprinzip durchgesetzt und ein ökonomisches Interesse der Unternehmen an den Umweltschutz installiert werden. Die Mitgliedschaft in die Gemeinschaft freier Länder oder eines geeinten Europas würde ich davon abhängig machen, daß die Einzelländer die einklagbare Haftung für grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung übernehmen.

11.12 Die Grenzöffnungen haben uns die umweltfeindlicheren PKWs mit Zweitaktmotoren beschert. Es hatte wohl niemand übers Herz gebracht, den DDR-Bürgern die neugewonnene Freiheit durch Fahrverbote für ihre PKWs gleich wieder einzuschränken. übersehen darf dabei nicht werden, daß dieser Tatbestand ein Rückschlag für die westdeutschen Bemühungen um Umweltschutz ist und keinem anderen Nachbarn der BRD diese Großzügigkeit widerfahren wäre. Bundesrepublikanische Autofahrer zahlen Strafe, wenn ihr Abgasuntersuchungsschein, der bescheinigt, daß ein Maximum an zugelassenen Giften nicht überschritten wird, nicht mehr gültig ist. Wenn Großzügigkeit nicht in politischen Mißmut umschlagen soll, dann kann die Ausnahmeregelung nicht unbefristet laufen.

## 12 Währungsverbund oder DM für den Umlauf in der DDR

12.1 Die DDR-Wirtschaftsministerin behauptet zu Recht, daß für eine solch einschneidende Maßnahme, wie sie die Übernahme der Westwährung für das Gebiet der DDR ist, ein Volksentscheid erforderlich ist. Und wenn der BRD-Wirtschaftsminister

Hausmann das Gegenteil behauptet, dann ist er ganz schlicht ein Antidemokrat.

12.2 Ich hätte an dieser Stelle gerne ein wortwörtliches Zitat von Ludwig Erhard gebracht, der Währungsfragen nicht für eine Geheimwissenschaft betrachtet hat und der der Ansicht war, daß diese Fragen mit den und für die Bürger zu diskutieren und zu klären sind. Ich finde aber meine Auszüge aus der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ (Jg.49/50) nicht.

12.3 Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß die Barbereien des Nationalsozialismus und Stalinismus letztlich auf Fehlhandlungen im Währungsbereich zurückzuführen sind. Von der Währungsverfassung hängt die künftige Wohlfahrt der Welt wesentlich ab. Die Währungsverfassung entscheidet darüber, ob die DDR den Kapitalismus oder die Marktwirtschaft erhält.

12.4 Es soll jetzt eine erstklassige Kommission gebildet werden, die die Frage nach der Ausweitung des DM-Geltungsbereiches klären soll. Wer ist hüben wie drüben ein erstklassiger Fachmann, der geeignet ist, in die Kommission berufen zu werden. Wer z.B. glaubt, diese erstklassigen Fachleute würde die Bundesbank stellen können, der täuscht sich. Die Bundesbank blendet Probleme aus oder ignoriert wichtige Fragestellungen. Ich würde nicht auf die Mitarbeit von Mitarbeitern der Bundesbank verzichten wollen, sie haben bestimmte Sachkenntnisse, nur darauf verlassen, daß sie das richtige Konzept vorlegen, würde ich mich auf keinem Fall.

12.5 Wer in der Politik und in der ökonomischen Wissenschaft alte Schuld abtragen und neue vermeiden will, kann nicht zulassen, daß hinter verschlossenen Türen über unser künftiges Schicksal beraten und entschieden wird.

12.6 Da die ökonomischen Fakultäten sowieso ihren Lehr- und Forschungsbetrieb umstellen müssen, sollten sie die Chance nutzen, um (Studenten, Assistenten und Professoren gemeinsam) am konkreten Objekt zu lernen und zwar arbeitsteilig, simultan und kooperativ. Sie sollten als Berater der Bürger und Kontrolleure der Kommissi-

on fungieren.

12.7 Gute Fragen können ein Schlüssel zum Verständnis von Problemen und ein Weg zu deren Lösungen sein. Ich denke, in meinem Eingangs angeführten Schreiben an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank sind solche Fragen enthalten. Wer hören (lesen) kann, der höre (lese).

### 13 Wähleraufklärung oder -verdummung?

13.1 Ich kann verstehen, daß sich Neu-Demokraten über den Einsatz von westdeutscher Politik-Prominenz im DDR-Wahlkampf ärgern, weil diese Hilfe nicht allen Parteien zu gute kommt und denen, die sie erhalten in unterschiedlicher Intensität.

13.2 Ärgerlicher ist, daß der Wähler allgemein, von den Leuten die dazu berufsmäßig verpflichtet wären - ich denke unter anderem an Politikwissenschaftler und Medienproduzenten - wenig Orientierungshilfe erhalten. Wahlwerbung ist (notwendigerweise ?) mehr Propaganda als Information.

13.3 In der DDR - die ja einen Neuanfang mit Wahlen macht – sollte daher den Wählern eine vergleichende Übersicht geboten werden über das, was die einzelnen Parteien wollen, nicht wollen oder was sie übersehen haben. Notwendig ist es aber auch die Wähler sachlich über die Kandidaten aufzuklären.

### 14 Informationstabus in der BRD durch die DDR-Opposition und die DDR-Medien auflösen!

14.1 Viele dieser in meinen beiden Schreiben angesprochen Themen sind für BRD-Medien (ohne das ein offizielles Verbot besteht) tabu. Ich kann nicht erklären warum es so ist. Ich kann nur feststellen, daß es so ist.

14.2 Eine der Gründe wird sein, daß die Gilde der Informationsvermittler und Mei-

nungsmacher genauso einem politisch-sozial begründeten Konformitätsdruck ausgeliefert sind, wie es die Journalisten in der DDR bis vor kurzem waren.

14.3 Vor der Grenzöffnung, waren die meisten Menschen in der DDR doch froh, daß das BRD-Fernsehen die Informationspolitik der SED jedenfalls zum Teil konterkarierte. Wie wäre es, wenn aus der DDR jetzt etwas Informationshilfe und Aufklärung für die Bundesrepublikaner betrieben würde.

14.4 Dieses, was ich in meinen beiden Papieren produziert habe, wäre von der DDR-  
Opposition vorgetragen, für westliche Medien sensationell und berichtenswert, mit dem Absender eines BDRlers ist es für westdeutsche Journalisten nur Füllmaterial für den Papierkorb.

*Tristan Abromeit*

Abschrift im Februar 2005

ohne inhaltliche Änderungen vom Original

Zeilenabstand und -Umbruch und Schrifttyp

geändert, dadurch wie bei „Darauf kommt es an! I und III

erhöhte Seitenzahl. TA